

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1,80 M., für 2 Monate 1,20 M., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Besiegeld.

Chefredaktion:  
Dr. Bruno Schoenlauk.

Inserate werden die 5 geschätzte Zeitzeile über deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsangebote 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszelt 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 4. August.

Über den neuesten Jahresbericht der preußischen Fabrikinspektion wird uns von unserem S.-Mitarbeiter geschrieben:

Nach vor wenigen Jahren galten die Berichte der preußischen Fabrikinspektion als die schlechtesten in Deutschland. In der letzten Zeit ist in dieser Hinsicht eine gewisse Besserung zu verzeichnen. Insbesondere tritt das im vorliegenden Bande — wohl infolge der teilweisen Entlastung der Fabrikinspektion hinsichtlich der Kesselrevision — zu Tage, was allein schon ausreicht, um die völlige Rechtigung des von unserer Partei seit Jahren vertretenen Standpunktes in Bezug auf die Notwendigkeit einer vollständigen Trennung der Kesselrevision von der Fabrikinspektion darzuthun.

Durchblättert man die Berichte der einzelnen Gewerberäte, so fällt zunächst eine besonders rasche Zunahme der in den der Aufsicht unterliegenden Betrieben beschäftigten jugendlichen und weiblichen Arbeiter auf. Im Regierungsbezirk Potsdam zählte man z. B. im Jahre 1896: 3647 Arbeiter im Alter unter 16 Jahren, 1897 dagegen 4226 Arbeiter, d. h. um ca. 16 Prozent mehr. Noch größer war die Zunahme in Berlin-Charlottenburg mit 10 115 jugendlichen Arbeitern gegen 8407 im Jahre 1896. Im ganzen Königreich wurden im Jahre 1897: 1859 Kinder im Alter unter 14 Jahren gegen 988 im Jahre 1896 und 182 352 jugendliche Arbeiter gegen 121 266 im Vorjahr gezählt. Noch beträchtlicher war die absolute Zunahme der Zahl der erwachsenen weiblichen Arbeiter. Es wurden nämlich in den der Aufsicht unterliegenden 18 621 Betrieben (im Vorjahr 17 124 Betriebe) 337 504 Arbeiterinnen im Alter von über 16 Jahren gegen 318 485 im Jahre 1896 ermittelt.

Im Königreich Preußen war demnach im Berichtsjahr bei den Kindern unter 14 Jahren eine Zunahme von 38 Prozent, bei den jugendlichen Arbeitern im Alter von 14 bis 16 Jahren eine solche von 9 Prozent, bei den Arbeiterinnen im Alter von über 16 Jahren eine Zunahme von 6 Prozent zu verzeichnen. Die schärferen Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung vom 1. Juni 1891 haben also, trotz der damals laut gewordenen Versicherungen der Unternehmer über den bevorstehenden Niedergang der Industrie, die Arbeitgeber weder an der ausgedehnten Verwendung jugendlicher Personen noch an der erwachsener Arbeiterinnen gehindert. Von besonderem Interesse ist dabei die Konstatierung des Gewerberates Jack (Königsberg), derzufolge die Wieder-

einführung von Kindern in die gewerbliche Arbeit, die seit Jahren fast ganz aufgegeben war, um so beklagenswerter erscheint, als in allen Fällen, in denen von den Gewerbeaufsichtsbeamten Kinder in Fabriken angetroffen wurden, auch Verstöße gegen die Bestimmungen des § 135 Absatz 2 der Gewerbeordnung festzustellen waren. In keinem Falle ließen sich die Betriebsunternehmer an der geleglichen sechsstündigen Beschäftigungsdauer genügen, vielmehr wurden die Kinder in den nur für jugendliche Arbeiter statthaften Grenzen beschäftigt.

Eine größere Aufmerksamkeit verdienen ferner die Klagen der Gewerbeaufsichtsbeamten über die zu milden Bestrafungen der Arbeiterschutzgesetzvertretungen seitens der meisten Gerichte. „Für Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen“, sagt z. B. der Gewerberat Trilling in Danzig, „sehen die Gerichte in der Regel so niedrige Strafen fest, daß sie nicht als angemessene Sühne für die Straftat angesehen werden können. Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die zu ihrer Ausführung berufenen Organe werden den Gewerbetreibenden gegenüber in Mitleidenschaft gebracht, wenn bei Vergehen, deren Bestrafung sie herbeigeführt haben, die Strafselektion gewissermaßen unter dem Ausdruck des Wedauers erfolgt.“ Diese Praxis der Gerichte wird nur dann eine Änderung erfahren, wenn die Arbeiter in den betreffenden Richterkollegien eine entsprechende Vertretung haben werden. Wir meinen daher, daß es angeht, der großen Bedeutung des Gegenstandes an der Zeit wäre, gewisse Versuche in dieser Richtung zu machen.

Ebenso wie in früheren Berichten treffen wir auch im vorliegenden Bande zahlreiche Klagen der Gewerbeaufsichtsbeamten über die überhandnehmende Lehrlingszüchterei an. Mit Recht wird dabei darauf hingewiesen, daß der intelligente stetsame Handwerkmeister, der z. B. den elektrischen Betrieb eingerichtet hat und seinen Lehrlingen eine tägliche Ausbildung angedeihen läßt, demjenigen gegenüber benachteiligt wird, der die Drehbänke und Bohrmaschinen durch seine Lehrlinge antreiben läßt und infolgedessen außerhalb der Wirkung der Arbeiterschutzgesetzgebung stehen bleibt.

Nicht weniger interessant sind die von demselben Gewerberat gemachten Beobachtungen betreffend die Nachtarbeit der Arbeiterinnen in den Rohzuckerfabriken. Die Leiter dieser Etablissements erklären nämlich, daß es für die Industrie fast belanglos sei, wenn die schon ganz erheblich eingeschränkte Nachtarbeit völlig verboten würde. Bei der darauf folgenden Beratung der Angelegenheit im Verein der Zuckarfaktanten der östlichen Provinzen wurde aber — im Gegensatz zu den wohl-

erwogenen Neuerungen der Direktoren — der Zulassung der Frauen zur Nachtarbeit großer Wert beigelegt. „Für den Aufsichtsbeamten“, fügt Gewerberat Trilling hinzu, „ist es nicht neu, daß die Anforderungen der Interessentenvertretungen stets weiter gehen, als die Wünsche, welche der einzelne bei ruhigem Eingehen auf seine Verhältnisse äußert.“

Neben die Fragen des Ministeriums hinsichtlich des sanierten Maximalarbeitsstages für erwachsene männliche Arbeiter und die diesbezüglichen Antworten der Gewerbeaufsichtsbeamten wurde an dieser Stelle bereits kurz berichtet. Wir wollen hier daher nur etwas eingehender die Beobachtungen der Fabrikinspektoren in Bezug auf die Wirkungen der Bäckereiverordnung erwähnen. Der Gewerberat für Westpreußen berichtet darüber, daß die Klagen über schwere wirtschaftliche Schädigung des Bäckergewerbes und des Schwindens guten Einvernehmens zwischen Meistern und Gesellen im wesentlichen nicht begründet seien. Die Bäckereien nutzen die zugelassene Arbeitszeit wegen der geringen Menge der zu erzeugenden Backwaren meist nicht aus. Neben dem guten Willen, sich den Vorschriften zu fügen, und neben einer angemessenen Betriebsregelung wird es bei der Durchführung der Bestimmungen in einzelnen Fällen auch darauf ankommen, zweckentsprechende Betriebeinrichtungen zu beschaffen. Das wird überall gelingen, wenn die Meister die Überzeugung gewonnen haben werden, daß ein Mitteln an den wesentlichen Grundlagen der Verordnung umsonst ist. Ähnlich äußern sich die Gewerbeaufsichtsbeamten im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. „Die Durchführung der Bestimmungen über den Maximalarbeitsstag im Bäckergewerbe“, heißt es im Bericht, „ist im allgemeinen auf besondere Schwierigkeiten nicht gestoßen.... Nicht einmal die von der unteren Verwaltung behobde zur Befriedigung eines bei Festen und besonderen Gelegenheiten hervortretenden Bedürfnisses freigegebenen Überarbeitsstage waren allgemein und voll ausgenutzt.“ Der Beamte schließt seinen Bericht mit der Bemerkung, daß von einem Schwinden des guten Einvernehmens zwischen Meistern und Gehilfen als Folge der Bäckereiverordnung nicht gesprochen werden kann. Noch schärfer äußert sich in dieser Hinsicht der Gewerberat für den Regierungsbezirk Magdeburg. „Da eine einheitliche Arbeitszeit“, sagt er, „nicht festgelegt ist, solche auch für die einzelnen Betriebe nicht festgelegt zu werden braucht, die Bestimmung derselben vielmehr in jedem Betriebe dem Inhaber freistehet, so können Überschreitungen der zulässigen Beschäftigungszeit entweder nur durch mehrmalige Revisionen in ein und denselben Arbeitsschicht oder durch Ausfragen

## Seuilleton.

Redaktion verboten.

### Miss Harriet.

Bon Guy de Maupassant.

Frei übertragen von G. Freiherrn v. Ompteda.

Leon Chenal erzählte weiter: Als ich nach Hause kam, rief ich sofort Mutter Lecadieu und schrie:

„Ha! Ha! Frau Wirtin, bemühen Sie sich mal her und gucken Sie mal das an.“

Die Wirtin sah mein Werk mit blöden Augen an; man merkte, daß sie nichts unterschied und nicht kapierte, ob das ein Ochse sein sollte oder ein Haus.

Miss Harriet kam heim und ging gerade in dem Augenblick hinter mir vorüber, als ich meine Leinwand mit ausgestrecktem Arme der Wirtin zeigte. Die Besessene konnte ja nicht anders, als sie sehen, denn ich hielt die Skizze so, daß sie ihr nicht entgehen konnte. Sie blieb wie angewurzelt stehen, ganz pass. Das war offenbar ihr Hosen, an dem sie herumkletterte und träumte. Ein englisches „Ahoi!“ entfuhr ihr, so schmeichelhaft, daß ich mich lächelnd zu ihr umdrehte und sagte:

„Das ist meine letzte Skizze, gnädiges Fräulein!“

Sie antwortete entzückt, komisch und röhrend zugleich:

„O, Sie verstehen der Natur ganz wundervoll.“

Ich ward wahrhaftig rot und ihre Schmeichelei that mir wohler, als wenn sie von einer Königin gekommen wäre. Sie hatte mich gänzlich gewonnen und ich hätte ihr auf Ehrenwort am liebsten einen Kuß gegeben.

Bei Tisch setzte ich mich wie immer neben sie, und zum

erstenmal sprach sie, indem sie laut ihren Gedanken von vorhin fortsetzte:

„O, ich lieben so der Natur.“

Ich bot ihr Brot, Wein und Wasser an und diesmal nahm sie es an mit leisem, mumienhaftem Lächeln. Und wir sprachen von der Natur.

Nach Tisch gingen wir, da wir zusammen aufgestanden, miteinander im Hofe spazieren. Die untergehende Sonne schien das Meer in Brand gesteckt zu haben. Das zog mich an, ich öffnete das Thor nach den Klippen zu und wir schritten nebeneinander davon, zufrieden wie zwei Menschen, die einander verstanden haben.

Es war ein weicher, warmer Abend, einer jener wonnigen Abende, wo Leib und Seele glücklich sind. Alles erscheint einem lästlich und reizend. Die laue, duftgeschwängerte Luft mit ihrem Gras und Alpenduft, ihrem kräftigen Naturgeruch thut den Sinnen wohl und man atmet tief aus voller Brust. Wir gingen nun am Rande des Absturzes hin; über dem weiten Meer, das gegen hundert Meter unter uns seine kleinen Wellen ans Land wälzte. Und wir sogen mit offenem Munde und weiten Lungen den frischen Windhauch ein, der über den Ocean gestrichen war und uns so salzgetränkt vom langen Kuß der Wellen umfächelte.

Die Engländerin stand da, in ihren farbigen Shawls gewickelt, von der Luft umweht und sah zu, wie der Miesenball ins Meer sank. Weit draußen am Horizont zeichnete sich ein segelbedeckter Dreimaster am purpurroten Himmel ab, und näher zu uns glitt ein Dampfer vorüber, der über den ganzen Horizont hinweg einen endlos langen Dampfstreifen hinter sich ließ.

Die rote Kugel sank und sank, bald berührte sie die Flut gerade hinter dem wie unbeweglichen Schiff, das mitten auf der Sonnenscheibe, wie in einem Feuerrahmen, erschien.

Nun sank sie allmählich herab, als soge sie der Ocean ein. Man sah sie niedertauchen, kleiner werden, verschwinden. Es war aus. Nur das kleine Schiff hob sich noch immer von dem goldigen Himmelshintergrunde in der Ferne ab.

Miss Harriet schaute mit verzückten Blicken dem Sonnenuntergang zu. Unwiderstehliche Lust kam sie wohl an, den Himmel, das Meer, den ganzen Horizont zu umarmen.

Sie murmelte:

„Ach, ich lieben... ich lieben... ich lieben.“

Ich sah eine Thräne in ihrem Auge glänzen und sie sagte:

„Ich möchte eine kleine Vogel sein, um in die Himmel zu fliegen.“

Und wie ich sie oft gesehen, regungslos an den Klippen, so blieb sie stehen, rot wie der Sonnenuntergang, in ihren purpurroten Shawls gewickelt. Ich hatte eigentlich Lust, sie in meinem Skizzebuch zu verewigen, etwa als Karikatur der Verzückung. Ich mußte mich umdrehen, um nicht zu lachen.

Dann sprach ich mit ihr über Malerei, wie ich wohl mit einem Kollegen geredet hätte, über Töne, Farbenwerte, Dichter und Farben mit Ausdrücken aus der Kunst. Sie hörte mir aufmerksam zu, begriff und suchte den dunklen Sinn der Worte zu enträtseln und in meine Gedankenwelt einzudringen. Ab und zu sagte sie:

„O, ich verstehen, ich verstehen, es ist sehr wunderfull.“

Wir feierten heim.

Als sie mich am andern Tage sah, gab sie mir die Hand und wir waren gute Freunde.

Sie war ein braves Ding mit einer Seele wie eine Feder, die ab und zu in ihrem Enthusiasmus los schnellte. Ihr fehlte das Gleichgewicht, wie allen Frauen, die mit fünfzig Jahren noch Mädchen geblieben sind.

des Personals ermittelt werden. Beides, besonders das letztere, hat viel Wichtiges. Durch eine Änderung der Vorschriften wird voraussichtlich kaum etwas verbessert werden können, da der Konkurrenzkampf der kleineren und mittleren Betriebe gegen die größeren im Verein mit den weitgehenden Ansprüchen des Publikums stets zu Überstretungen anreizen muss. Wirkamer Schuh gegen übermäßige Ausnutzung wird nur durch gänzliches Verbot der Nacharbeit sich erreichen lassen, wobei zu beachten bleibt, daß kürzere Nacharbeiten viel wertvoller ist, als längere Arbeitsruhe am Tage. Die geringen den Konsumenten aus einer solchen Maßnahme erwachsenden Nachteile könnten ihnen bei der Bedeutung der Sache wohl angemessen werden. Auch würde das Publikum bei längerer Gewöhnung die Nachteile bald nicht mehr als solche empfinden." Aehnlich lauten die Urteile fast sämtlicher übrigen Gewerbeaussichtsbeamten. Hinsichtlich werden die Vertreter unserer Partei im Reichstage diese von so loyaler Seite herrührenden Ausführungen in richtiger Weise anzunehmen und die gesammelten Erfahrungen zu entsprechenden Gesetzentwürfen formulieren.

Zum Schlus sei noch der Ausführungen des Gewerbeaussichtsbeamten für Ostpreußen über die allgemeine Lage des Schuhmachers- und Schneidergewerbes Erwähnung gehalten. Der Gewerbeinspektor für Königsberg hält in Übereinstimmung mit demjenigen in Luck die Einführung des Maximalarbeitsstages für diese Gewerbe für erforderlich und konstatiert u. a., daß im Schuhmachergewerbe die Mindestarbeitszeit einschließlich der verhältnismäßig sehr kurzen Pausen vierzehn Stunden täglich beträgt und bis zu 17 und 18 Stunden steigt. Diese übermäßig lange Arbeitszeit ist seiner Ansicht nach vornehmlich die Folge der großen Konkurrenz der mehr und mehr sich ausbreitenden Schuhbazare, die die kleineren Schuhmacher ruinieren. "Schon jetzt", schließt der Fabrikinspektor seine diesbezüglichen Ausführungen, "haben die kaufmännischen Großgeschäfte und die Fabriken mit dem maschinellen Betrieb das Schuhstergewerbe in einem Umfang an sich gerissen und die Preise so heruntergedrückt, daß es doch nur eine Frage kurzer Zeit sein kann, bis die kleinen Existenz ganz und gar beiseite geschoben sind. Kleinere Meister wie Gehilfen werden sich über kurz oder lang geübt sehen, entweder in Fabrikbetrieb einzutreten oder einen anderen Beruf zu ergreifen. Die Verhältnisse scheinen sich hier allmählich ähnlich zu entwickeln, wie seiner Zeit bei den Handwebern in den Bezirken der Textilindustrie." Aehnlich, wenn vielleicht auch nicht ganz so trostlos, liegen nach Schilderungen des Fabrikinspektors die Verhältnisse im Schneidergewerbe. Was nun zu erwarten ist, wenn man die Hunderttausende in diesen Gewerben beschäftigten Personen nicht rechtzeitig durch umfangreiche Schutzbestimmungen vor unbedrängter Ausbeutung seitens der Kleinmeister und der Verlagsgeschäfte schützt, darüber läßt uns der Vergleich mit den Handwebern auf. Wogegen der neueste Bericht der preußischen Gewerbeinspektion in mancher Hinsicht noch so viel zu wünschen übrig lässt, in Bezug auf die Bedeutung der Mangelhaftigkeit der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung liefert er ein geradezu glänzendes Material. Es wäre daher dringend zu wünschen, daß man die darin enthaltenen Anregungen möglichst gut ausnutzt.

## Politische Übersicht.

Wie's gemacht wird.

Die deutsche Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen ist in der Lage, nachstehenden Bericht eines englischen Industriellen wiederzugeben, den dieser nach seinem Besuch in Deutschland in der Plenarversammlung seiner heimischen Handelskammer erstattet hat. Er lautet in der Übersetzung:

Der Berichterstatter hat von der britischen Regierung eine Empfehlung an den Handel in Berlin erhalten. Er sucht diesen auf und erreichte durch ihn weitere persönliche Vorstellungen bei den maßgebenden Stellen insbesondere der deutschen Regierung, vermittelst deren er Konferenzen mit verschiedenen Persönlichkeiten erlangte. Herr Gastrell, der spezielle Handelsattaché der englischen Gesandtschaft, ein in allen kommerziellen Fragen gut unterrichteter Mann, dessen statistische Arbeiten äußerst wertvoll sind, führte ihn persönlich bei Geheimrat Reichardt ein, mit welchem er eine

Sie schien verfauert zu sein in ihrer Unschuld. Aber sie hatte ihrem Herzen Jugend und Begeisterungsfähigkeit bewahrt. Sie liebte die Natur und die Tiere mit überschwenglicher Liebe. Mit jener sinnlichen Liebe, die sie den Männern niemals gegeben hatte.

Ich glaube bestimmt, daß der Anblick einer säugenden Hündin, einer Stute, die mit ihrem Fohlen auf der Weide herumspringt, eines Nestes voll kleiner, piepsender Vogel, die noch unbefiedert mit ihrem großen Knochen den offenen Schnabel hinhalten, sie sehr bewegt haben würde.

Ihr armen, einsamen, umherirrenden, traurigen Gäste der tables d'hôtes, ihr armen, lächerlichen und beflagenswerten Wesen! Seitdem ich diese kennen gelernt, habe ich Euch in mein Herz geschlossen.

Vorab merkte ich, daß sie mir gern etwas sagen wollte, aber es nicht wagte. Und ich amüsierte mich über ihre Schüchternheit. Wenn ich früh fortging, das Malzeng auf dem Rücken, begleitete sie mich stumm, sichtlich ängstlich, bis an den Dorfausgang und suchte nach Worten, um ein Gespräch zu beginnen. Dann verließ sie mich plötzlich und entfloß in ihrem hüpfenden Gang.

Eines Tages endlich fasste sie Mut:

"Ich gern sehn morgen, wie Sie malen; nollen Sie? Ich sehn mich sehr neugierig."

Und sie erboste dabei, als ob sie etwas äußerst Gewagtes gesagt hätte.

Ich ging mit ihr in das "Thälchen" hinab, wo ich eine große Studie begann.

Sie blieb hinter mir stehen und folgte mit gespannter Aufmerksamkeit allen meinen Bewegungen.

Dann sagte sie zu mir, vielleicht in der Besürchtung, mich zu töten: "Danke", und ging.

Aber nach kurzer Zeit wurde sie zutraulicher und sang

ca. 1/2 stündige Unterredung hatte. Er machte die Wahrnehmung, Geheimrat Reichardt sei Protektionist und entschlossen, der einheimische Industrie Schutz anzubieten zu lassen. Der Berichterstatter teilte ihm mit, daß er nach Berlin gekommen sei, um die Nachrichten der englischen Handelskammern über die Verzollung englischer Textilwaren zur Sprache zu bringen. Er erklärte ferner, der Tarif sei der Fabrikation nicht genügend angepaßt und in mancher Hinsicht ganz unverständlich. Zur Illustrierung der Sachlage legte er ihm ein Schriftstück einer deutschen Zollbehörde über einen einfachen, schwanzförmigen Baumwollstoff vor und sagte, er hätte geraume Zeit den Tarif eingesehen, sei aber nicht im Stande zu sagen, wohin der Stoff gehören könnte. Er bat Geheimrat Reichardt eindringlich, doch ungeäumt Schritte für eine Revision des Zolltariffs zu thun, und versicherte, daß es in englischen Interessenkreisen herrschende Misströmung beschwichtigen werde, wenn er mit einer diesbezüglichen Zusage dorthin zurückkehren könnte. In der Überzeugung, daß der deutsche Charakter seinem anderen nachstehe, und daß der Deutsche einzeln und als Nation nur das zu thun gesint ist, was recht und billig ist, sei er hierher gekommen und habe die Zuversicht, daß er mit einer derartigen Verhandlung zufrieden in der Lage sein werde, da es im allgemeinen zugegeben wird, daß die Interessen Englands und Deutschlands im Handel und in der Politik identisch seien, (?) und daß, wenn England und Deutschland Hand in Hand gingen, dies nicht im Interesse Englands und Deutschlands läge, sondern auch in demjenigen des Wohles und Fortschritts der ganzen Welt.

Geheimrat Reichardt entgegnete, er müsse eingestehen, daß der Tarif nicht mehr den Zeitzuständen entspreche, sei jedoch mit den Details nicht recht vertraut und wies ihn an Herrn Geheimrat (H) Bueck, den Generalsekretär des Centralverbandes deutscher Industrieller. Der Herr Referent hatte eine Unterredung mit letzterem, der ebenfalls den Standpunkt vertrat, man müsse die nationale Industrie schützen. Der Berichterstatter sah ihm an, daß ein solcher Schutz noch nicht einen ausreichenden Zolltarif von 50 oder 100 Prozent auf billige Sorten englischer Gewebe indiziere; ein Satz von 5 oder 10 Prozent rationeller und verleihe doch genügenden Schutz in Abbruch dessen, daß ähnliche Artikel deutscher Provenienz in großen Posten von deutschen Industrielien in England abgelehnt würden und sich gegen englische Produkte behaupten könnten. Herr Geheimrat (H) Bueck gab zu, daß der Tarif veraltet sei, und versprach, die Angelegenheit im Auge zu behalten. Referent legte ihm dringend ans Herz, daß die Sache ungemeinste Auflösung erfordere, könnte jedoch eine bestimmte, daraufzielende Zusage nicht erlangen.

Schließlich wurde er durch den englischen Generalkonsul Herrn Dr. Rossberg-Rietow vorgestellt. Er wies diesem gegenüber darauf hin, daß es Pflicht jedes Engländer und jedes Deutschen sei, für gute Beziehungen zwischen England und Deutschland Sorge zu tragen und daß man in allen politischen und wirtschaftlichen Dingen Hand in Hand gehen könne.

Schließlich bemerkte Berichterstatter, man habe ja nun wenigstens das Eingeständnis, daß der deutsche Tarif nicht mehr zeitgemäß sei und taum in Einklang stünde mit der Stellung eines Landes wie Deutschland als einer so hoch entwickelten und in erster Reihe der Kolonisation stehenden Nation, man müsse also dafür agitieren, daß die Revision des Tarifs so bald wie möglich in Angriff genommen würde.

In diesem Bericht erscheint, so schreibt die Nationalzeitung, eines vor allem auffällig, und in höchstem Grade bemerkenswert. Der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt schickte einen Ausländer, der ihn zum Zwecke einer handelspolitischen Unterredung aussucht, zum Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller (der arbeiterfeindlichen Hochzölleorganisation, deren Vizepräsident Herr Schweinburg ist). Daß der Fremde diese Stelle insofern gewählt habe, für eine amtliche oder mindestens offizielle Ansicht, folgt schon aus der Anwendung des Geheimratstitels für Herrn Bueck. Erst der englische Generalkonsul muß seinen Landsmann darauf aufmerksam machen, daß es für die handelspolitische Arbeit noch andere Stellen gibt als den Centralverband! "Da man nicht annehmen kann, daß der deutsche Handelstag oder auch die deutsche Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen dem auswärtigen Amt gänzlich unbekannt sind, drängt sich, vorausgesetzt, daß dieser englische Bericht den Thatsachen entspricht, die Vermutung auf, daß die Regierung dem Auslaender gegenüber die einseitige Aussöhnung des Centralverbandes deutscher Industrieller als die allein maßgebliche hinstellen will."

Der Arbeiterorganisationen gedenken weder Herr Reichardt noch die liberale Presse.

## Deutsches Reich.

Chronik der Majestätsbeleidigungssachen.

Der Mechaniker Karl Bink in Straßburg im Elsaß, ein badischer Staatsangehöriger, wurde wegen Beleidigung seines Landesherrn zu der hierfür geringsten Strafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte sich mehreren Landsleuten,

an, mit mit offenbarer Freude täglich Gesellschaft zu leisten. Unter dem Arme brachte sie ihren Feldstuhl mit — sie wollte mir durchaus nicht erlauben, ihn zu tragen — und setzte sich an meine Seite. Da blieb sie stundenlang stumm und unbeweglich sitzen, während sie der Spize meines Pinsels mit dem Auge folgte. Wenn ich durch einen mit dem Spachtel derb hingeseilten Farbenkasten eine gute, aber unerwartete Wirkung erzielte, stieß sie unwillkürlich ein erstautes, freudiges, bewunderndes "Aho" aus. Für meine Malerei hatte sie eine zärtliche Bewunderung. Fast einen religiösen Kultus trieb sie mit dieser menschlichen Schilderung eines Stückes göttlicher Schöpfung. Meine Studien schienen ihr wie eine Art Heiligenbilder und manchmal sprach sie mir von Gott und versuchte mich zu belehren.

O, ihr Gott war ein sonderbarer Mann, so eine Art Dorfphilosoph, ohne großes Können und ohne große Macht. Denn sie stellte sich ihn vor, als ob er außer sich sei über die Sünden, die unter seinen Augen begangen würden, als ob er sie nicht hätte verhindern können.

Uebrigens stand sie mit ihm auf sehr gutem Fuße und schien sogar in seine Geheimnisse und in die Unannehmlichkeiten, die ihm widerfuhren, eingeweiht zu sein. Sie sagte: "Gott will oder Gott will nicht"; wie ein Offizier zu einem Rekruten sagt: "Der Oberst hat befohlen."

Aus tiefstem Herzen befragte sie meinen Umgang, und täglich fand ich in meinen Taschen, in meinem Hut, wenn ich ihn auf der Erde liegen ließ, in meinem Koffer, in meinen gewichtigen Stiefeln früh morgens vor meiner Thür, diese kleinen Traktätschen, die sie zweifellos direkt aus dem Paradies bezog.

Ich behandelte sie wie eine alte Freundin mit herzlicher Offenheit. Aber bald bemerkte ich, daß ihr Benehmen sich ein wenig geändert hatte. Zuerst achtete ich nicht darauf.

gegenüber in angeblich unpassender Weise über den Großherzog von Baden ausgesprochen.

\* Berlin, 4. August. Der Reichsanzeiger erklärt die in der Presse verteilene Auffassung, daß durch die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Kaiser von China sowie durch die früheren Verleihungen an den Sultan Abdul Mecid und an den jetzigen Sultan die Grundbestimmung, nach der die Gemeinschaft der christlichen Kirche als Grund des Ordens zu betrachten ist, außer Kraft gesetzt sei, für irrtümlich. Die Statuten des Ordens sind nur anwendbar auf die Verleihung an inländische, zur Investitur zugelassene Ritter. Fremde Souveräne, wie überhaupt Ausländer, werden nicht investiert. Diese Verleihungen unterliegen nicht den Bestimmungen der Statuten. —

Gegenüber den ernsten "heiterischen" Meldungen bayerischer Blätter über die Frage des obersten Gerichtshofes erklärt die Köln. Blg., die Verhandlungen ständen derart, daß in aller nächster Zeit eine Einigung sich werde erzielen lassen, die auf beiderseitigem Entgegenkommen beruhe. Die Frage könne außerdemlich läufig beurteilt werden, umso mehr, als ihre Erledigung in guten Händen ruhe.

Wie die russischen Gänse, für deren Transport 24 Grenzpunkte geöffnet worden sind, fortan von den preußischen Eisenbahnen übernommen werden sollen, wird der Schles. Volkszg. geschrieben: Dem russischen Begleit- und Treiberpersonal ist Schutz und Sicherheit durch die bietigen Grenzbeamten gesichert. Auf den Versaderkämpfen unserer Eisenbahnstationen wird das Gestügel eingestellt, und der Führer des Transportes erhält einen von dem Stationsamt ausgestellten Begleitschein, auf dem die Zahl der Gänse, Zielstation des Transportes und Transportvorbehalt auf das genaueste verzeichnet werden. Auf diese Weise sind Kollisionen vollkommen ausgeschlossen und der Aufgeber der Sendung hat zugleich zur Legitimation an der Entladestation die Quittung über den gezahlten Tarifbetrag in der Hand. —

Herr Schmoller ist ein loyaler Mann. Die Berliner Universität feierte gestern in vorschristsmäßiger Weise den Geburtstag ihres Stifters Friedrich Wilhelms III. Festredner war der Rektor Herr Schmoller, der über das preußische Handels- und Zollgesetz von 1818 in Zusammenhang mit der Geschichte der Zeit, ihren Kämpfen und Ideen sprach. Er sagte u. a.:

Nach außen hat jede Handelspolitik immer etwas Aggressives gehabt. Man ist ja heute nun zwar vorsichtiger geworden in der Anwendung von Machtmitteln, weil man weiß, daß sie nur bei ganz richtiger Entwicklung förderlich, aber ohne Macht, ohne Flotte, ohne Kanonen geht auch heute keine große Handelsentwicklung der Völker vor sich. Nicht darf man bei Anwendung solcher Machtmittel immer die bösen Regierungen beschuldigen. Die heutigen Kämpfe vor und um Cuba sind von dem demokratischsten und freiheitlichsten Volle der Welt seiner Regierung ausgegangen, weil sie entsprangen den großen wirtschaftlichen Interessen der amerikanischen Nation.

Das Mitglied des Staatsrates kennt seine Pflicht.

Von Bindnissen. Der Mundschauer der Kreuzzeitung schreibt in seiner letzten Übersicht über die äußere Politik:

Von den Ereignissen der letzten Woche wissen wir wenig zu erzählen. Das aktuelle sind zwar die spanisch-amerikanischen Friedensverhandlungen, das wichtigste sind sie schwerlich. Weit wichtiger ist die noch nicht greifbare, sich den Blicken immer wieder entziehende allgemeine Krisis der Weltpolitik; die Unsicherheit aller bestehenden Allianzen, die, keine ausgenommen, unerwartet zusammenbrechen und zu den allermerkwürdigsten neuen Verbindungen führen können. Das ist nicht politischer Pessimismus, sondern nüchterne Erwägung der Möglichkeiten, die sich vorbereiten. Zunächst aber sind es eben Möglichkeiten, über die zu diskutieren eher schadet als nützt.

Dreibund, Zweibund, Glückversicherungsverträge, ein chasses croiseo der Allianzen, alles ist wandelbar.

Ein neues Umsatzgesetz wird in einer aus deutsch-konservativen Kreisen stammenden Zeitschrift der Stummens Post angeregt, als "das Mindeste, was nach den Erfahrungen der jüngsten Reichstagwahlbewegung wegen der heute vor unser aller Augen betriebenen Vergiftung der Volksseele, wegen der immer weitergehenden Aufhebung der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber, wegen der planmäßigen Anregung zum Klassenkampf und Klassenkampf gefordert werden müßt."

Dies "Agitatorengesetz", wie die Post es nennt, müßt etwa folgenden Inhalt haben: "Wer die Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, insbesondere den Bestand des Reiches in seiner gegenwärtigen Gestalt, die Monarchie, die vom Staate anerkannten Kirchengemeinschaften, die

Wenn ich arbeite, sei's in meinem Thal, sei's in irgend einem Höhlweg, sah ich sie plötzlich ankommen mit ihrem schnellen, talmäßigen Gang. Sie setzte sich plötzlich und war ganz außer Atem, als ob sie gelaufen wäre, oder sie irgend ein Gegenstand selig erregt hätte. Sie war sehr rot, von diesem englischen Rot, das keinem anderen Volle eigentlich ist. Dann ward sie ohne rechten Grund bleich, erfarben, und ich glaubte sie einer Ohnmacht nahe, aber allmählich gewann sie ihr gewöhnliches Aussehen zurück und fing wieder an zu sprechen. Dann brach sie plötzlich mitten in einem Satz ab, stand auf und lief auf so wunderliche Weise davon, daß ich mir überlegte, ob sie nicht etwas gethan, das ihr mißfallen oder sie hätte kränken können.

Endlich dachte ich, das würde wohl ihre gewöhnliche Art und Weise sein, die sie nur in der ersten Zeit unserer Bekanntschaft mit zu Ehren ein wenig verändert.

Wenn sie nach Hause kam, nach stundenlangen Spaziergängen an der sturmumwogenen Küste, waren ihre langen, in Locken gedrehten Haare oft aufgegangen und hingen herab, wie ein paar zerbrochene Sprungfedern. Früher hatte sie sich nicht weiter darum gekümmert und war ruhig so zerzaust zu Tisch gekommen.

Zeit aber ging sie auf ihr Zimmer, um ihre Lampenzyllinder, wie ich die Locken nannte, wieder in Ordnung zu bringen. Und wenn ich ihr mit vertraulicher Artigkeit, die sie übrigens immer empörte, einmal sagte:

"Miss Harriet, Sie sind heute schön, schön wie die Sonne!" so färbten ihre Wangen sich sofort ein wenig, wie bei einem jungen Mädchen von fünfzehn Jahren.

(Fortsetzung folgt.)

Ehe und Familie, das Privatleben, die Rechtspflege, die Heeresverrichtungen gewohnheits- oder berufsmäßig in Versammlungen, Zeitungen, Druckschriften aller Art in bewußt gehässiger Weise angreift, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe, im Wiederholungsfalle auch auf Landesverweisung erkannt werden. In denjenigen Fällen, in denen auf Grund des ersten Sozes auf eine Gefängnisstrafe von mindestens zwei Jahren erkannt wird, tritt zugleich Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf mindestens fünf Jahre ein." Für ein solches Agitationsgesetz „zum Schutz unserer heiligsten nationalen Güter gegen deren gewerbsmäßige Verkleinerer“ wird auf die Zustimmung der Konservativen, der Nationalliberalen und so vieler Centrum abgeordneten gesucht, wie zur Mehrheit im Reichstage erforderlich sei. „Sollte aber wider Erwarten die Mehrheit der Centrumskoalition versagen, so werde eine Reichstagsauflösung eine solche Mehrheit bringen.“

Die Kölnische Volkszeitung bemerkt dazu:

„Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß alles, was gegen das Sozialistengesetz und gegen die Umsturzvorlage sprach, in Bezug auf das neue Ausnahmegesetz gilt.“

So ist eben nach den Wahlen die Scharfmacher ihr Haupt. Die Schleifsteinpolitik soll zum Gesetz erhoben, die Opposition ihmgelegt, die Sozialdemokratie vogelfrei gemacht werden. Mit solchen schändlichen Entzehrungsplänen haust das Organ des Königs von Saarabien.

Vom ambulanten Gerichtsstand. Im März fand in Delitzsch eine Agitationssveranstaltung des Holzarbeiterverbandes statt, in der u. a. auch die Werkstättenverhältnisse des Tischlermeisters Bonhoff dafelbst einer Kritik unterzogen wurden. Es wurde besonders über schlechte Rost geklagt. Der Bericht im Halleischen Volksbl. über die erwähnte Versammlung führte dies auch mit an und Herr Bonhoff klagte infolgedessen gegen den Redakteur des Blattes, Genossen Weismann. Anstatt nun die Klage an den Wohnort des Verfassers, in Halle, zu verhandeln, wird Weismann nach Delitzsch vorgeladen, um sich vor dem dortigen Amtsgericht zu verantworten.

Eine Ehrenkündigung für die Manipulationen des Bundes der Landwirte in der Thomasphosphat-Angelegenheit hat der Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Röske, jüngst in einer Versammlung der Vorstände der Deutschen landwirtschaftlichen Bezugsvereinigung durchgesetzt wollen. Er ist aber natürlich mit seinem Verlangen gründlich abgefallen.

Nach der Nationalzeitung hat Dr. Röske bei dieser Gelegenheit versucht, öffentlich das Verfahren des Bundes in der Thomasphosphat-Angelegenheit zu billigen und für korrekt zu erklären. Aber sämtliche übrigen Redner, es waren ihrer acht, sprachen sich ganz entschieden dagegen aus und die Entrüstung über diese „Zumutung“ war allgemein.

Damit ist also das Verfahren des Bundes auch von den anderen landwirtschaftlichen Bezugsvereinigungen gerichtet worden.

Aus den deutschen Kolonien. Die Kol.-Korr. schreibt: „Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß nach dem Aufhören der Kinderpest in Transvaal in diesem auf seinen Hochplateaus so gefundenen Lande eine Fieberepidemie einzog, die in den größeren Städten des Landes besonders viele Opfer erforderte. In Deutsch-Südwestafrika zeigt sich nun leider ebenfalls eine Fieberepidemie, eine Art typhose Malaria, die, soweit die Nachrichten reichen, in allen Teilen des Landes aufgetreten ist und erst Anfang Mai etwas nachließ. Der Missionar Meyer aus Lüdingwayo schreibt der rheinischen Missionsgesellschaft, daß in seiner nächsten Nähe weit über 100 Menschen gestorben sind, darunter 23 getaufte Herero. Der Missionar meint, es sei jetzt an der Zeit, auch Deutsch-Südwestafrika mit einem Missionsarzt zu bedenken. Es seien zwar mehrere Ärzte in der Kolonie, aber da diese oft weite Wege machen müßten, sei es für die Farbigen oft mit unerschwinglichen Kosten verbunden, sie kommen zu lassen. Die Sterblichkeit wäre nicht so groß, wenn nicht die Leute durch den Hunger, der nach der Kinderpest kam, die Widerstandskraft verloren hätten. Da siehen sie dahin, und was helfen die Becher und Gefäße voll Mehl, die zu Hunderten ausgegeben werden. Körberweise schleppen wir Biersäcken voll Medizin auf die Werft und wandern von Hütte zu Hütte. In Ermangelung anderer Medizin, die uns längst ausgelaufen, geben wir zur Stärkung Bantropfen mit Wein, das einzige, was uns noch zu Gebote steht. Die Familie Hübsch-Medede bewahrt ihren Ruh als eine großartige Wohltäterin. Auch der Lieutenant, daß muß ich ihm zur Ehre nach sagen, hat Biskuit und Mehl zur Verfügung gestellt, auch Dornart, der Bruder des Missionars in Omaruru. Aber im Hornbundbrechen sind die Säcke ausgelaert und noch scheint keine Besserung in Aussicht zu stehen. Aus anderen Teilen des Landes werden Sie ebenso trostlose Berichte empfangen. Die alten Brüder sagen einstimmig, daß dies die schwere Heimfahrt ist, die bis jetzt dagevoren ist.“ In Okavango war zu dieser Zeit eine Missionskonferenz angelegt, aber fast sämtliche Missionare, die dort versammelt waren, wurden krank. Aus Oljosa zu schreibt der Missionar Irle: „Die Fieberepidemie, ich halte sie für die schlimmste Art, fing drei Wochen vor Ostern hier und in der Umgegend an und raffte bis drei Wochen nach Ostern gegen 30 Gemeindemitglieder weg (die Gemeinde zählt 420 Seelen). Die Leute starben meist nach dem ersten Anfall, ehe ich zur Hilfe berufen wurde und da sein konnte, plötzlich ohne Besinnung. Aller Trost und Zuspruch war da fast unmöglich, auch da, wo ich noch 3-4 Tage mit den bewußtlosen Kranken umging. Wie viel von den Heiden gestorben sind, weiß man nicht, da aller Verkehr stockt.“

W. Bentheu, O.-S., 3. August. In betreff der Ursache des Unglücks auf dem Gotthardtschacht existiert hier eine Version, die noch nicht öffentlich bekannt geworden ist. Nach dieser soll es früher auf diesem Schachte bei der Befestigung des Seiles in der Klemme üblich gewesen sein, daß zwischen Seil und Klemme ein starkes Lederstück als Befestigungsmittel eingefügt wurde.

Bei der letzten Befestigung des Seiles jedoch wurde die Einführung des Lederstückes von dem betreffenden Beamten unterlassen, und diesem Unstehen schreibt man es hier zu, daß das eben erst eingezogene Seil aus der Klemme gerutscht ist. Wir geben diese Version, die wir selbst auf ihre Wahrscheinlichkeit nicht prüfen können, lediglich zu diesem Zweck wieder, um die wirkliche Ursache des schrecklichen Unglücks ermitteln zu helfen.

- R. Kiel, 3. August. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf dem Verwaltungsweg scheint jetzt auch vom Reichsmarineamt systematisch betrieben zu werden. Unoffiziell und gelegentlich haben es allerdings die Arbeiter der hiesigen kaiserlichen Werft schon wiederholt erfahren müssen, was herstellt, wenn sie von ihren staatsbürgerschen Rechten

in einer der Regierungspolitik nicht entsprechenden Weise Gebrauch machen. Sind doch erst kürzlich, im Verlauf der letzten Wahlbewegung, auf der Torpedowerft in dem benachbarten Friedrichsort zwei Arbeiter deshalb entlassen worden, weil sie sich an der Verbreitung eines sozialdemokratischen Flugblattes beteiligt haben. Die Arbeiter der Werft haben denn auch prompt und deutlich über diese und ähnliche Maßregelungen protestiert, indem sie mit verschwindenden Ausnahmen bei der letzten Wahl sozialdemokratisch gewählt haben.

Um die Höhe der im Umkreis der kaiserlichen Werft erzielten sozialdemokratischen Stimmenzahl läßt denn auch ein Erlass des Staatssekretärs des Reichsmarineamts an, der soeben der kaiserlichen Werftverwaltung zugegangen ist. Der Staatssekretär macht darauf aufmerksam, daß dieses „unverwaltete“ Wahlresultat nur daraus zu erklären sei, daß auf der kaiserlichen Werft „eine Anzahl sozialistischer Heber und Agitator“ beschäftigt seien müsse, deren „Eruierung und Entlassung“ er „unverzüglich“ fordere. Die Werftverwaltung hat diesen Erlass verhängt und den einzelnen Befortheiten gestellt lassen — und nun kann das „Eruieren“ ja „unverzüglich“ losgehen.

Dem Herrn Staatssekretär aber wollen wir die gefährliche Agitation im Ressort der Werftverwaltung hiermit bereitwillig denunzieren: es ist die kaiserliche Werftverwaltung selber. Wenn kurz vor den Wahlen den Werftarbeiter, die des Mittags zum Weg von der Werft in Garde nach ihren Wohnung in den proletarischen Außenquartieren Niels und zurück einschließlich der zweimaligen Überfahrt über den Hafen mindestens eine Stunde brauchen, so daß sie bei der 1½-stündigen Mittagspause kaum eine halbe Stunde Zeit zum Hinabwirken ihrer Hauptmaßzeit zur Verfügung haben — wenn, sagen wir, den Werftarbeiter ihre dringende Bitte um Verlängerung der Mittagspause um eine halbe Stunde kurzweg abgeschlagen wird, so heißt! diese Art Sozialpolitik mehr für uns als 100 Versammlungen und Flugblätter!

G. Aus Elsaß-Lothringen, 2. August. Die konventionelle Presse des Landes troß seit einigen Wochen von Entzündung über den Pfarrer Humbert in Château-Salins (Lothringen), der in einer Ansprache von der Kanzel herab die Einführung der deutschen Predigt in den französisch sprechenden Teilen des Landes verhöhnt und sich außerdem verlebender Bemerkungen gegen das Deutschtum bedient haben soll. Von Seiten der katholischen wie der staatlichen Behörden wurde dem demagogischen Drängen der genannten Presse durch Einleitung einer Untersuchung gegen Pfarrer Humbert nachgegeben. Wie nun mehr verlautet, ist die Pensionierung Humberts mit Wirkung vom 15. August ab verfügt worden.

Die Einzelheiten, die über die Selbstmordmotive des bayerischen Generalmajors v. Pechmann in Dienze (Lothringen) und die begleitenden Umstände bekannt werden, entwerfen ein recht erhebendes Bild von dem Leben in den sogenannten besseren Kreisen. Generalmajor Pechmann, ein schneidiger und noch höchst jugendlich ausschender Mann, soll von einem seiner untergeordneten Offiziere in zärtlichem töte-Atto mit dessen Gemahlin betroffen worden sein. Um sich den Folgen dieses gestörten Schlafes zu entziehen, habe der General Hand an sich selbst gelegt. Der General war früher verheiratet; wegen ähnlicher Geschichten ließ er sich vor einigen Jahren von seiner jetzt in München lebenden Frau scheiden. Auch deren Schwester, die mit einem Rittmeister des Saargemünder Chevauxlegers-Regiments verheiratet und durch ihre Schönheit bekannt war, führte, wie berichtet wird, ein ähnliches Leben, so daß sich ihr Mann ebenfalls von ihr scheiden ließ, bei dieser Gelegenheit aber selbst um die Ehe gehen mußte.

kleine politische Nachrichten. Die Feuerbestattungsvereine deutscher Sprache halten vom 8. bis 10. September d. J. in Berlin ihren 8. Verbandsitag ab. — Von der belgischen Regierung wurden der deutschen neue Vorschläge über die Telephonanlage Berlin-Paris gemacht. — Eine Anzahl auswärtiger jüdischer Familien, hauptsächlich aus Galizien, ist in Frankfurt a. M. durch das Polizeipräsidium ausgewiesen worden. Die Leute erwarben sich ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch Häusseren in den benachbarten Provinzen Oberhessen. — Kaiser-Fürst Ferdinand von Bulgarien trifft am 7. d. M. in Cetinje, der Hauptstadt der Schwarzen Berge, ein und wird bis zum 10. bleiben. Er wird in Antivari von dem Fürsten der Montenegriner feierlich empfangen werden. — In Grimsby (England) war eine Erwahl zum Parlamente notwendig geworden, da der bisherige Abgeordnete Doughty auf seinen Sitzen als Liberaler verzicht und sich den liberalen Unionisten angeschlossen hatte. Er wurde wiedergewählt mit 1940 Stimmen gegen den Radikalen Wintingham, der 189 Stimmen erhielt, während dem unabhängigen Konservativen 204 Stimmen zustießen. — Das römische Amtsblatt veröffentlicht das Dekret, durch das der Belagerungszustand über Nizza San-Giacomo (Prov. Florenz) aufgehoben wird. — Die italienische Regierung wird in der Kammer eine Vorlage um Bewilligung des Buues von 6 Panzerkrenzen einbringen. — Der kolumbianische Kongreß beschloß mit Stimmeineinheit, in der Streitsache mit Italien als Sicherheit für die Gläubiger Gerritis eine Summe im Werte von sechzigtausend Pfund Sterling zu hinterlegen. In 6 Tagen erlangt der Beschluß Gesetzeskraft. Der kolumbianische Regierung war die Forderung Italiens bisher in amlicher Form nicht zugegangen.

### Frankreich.

#### Die französischen Generalratswahlen.

# Paris, 2. August. Die Ergebnisse der Generalratswahlen sind so ausgefallen, wie es die ungewöhnliche Stille — um nicht zu sagen Schläfrigkeit — der Wahlbewegung hat voraussehen lassen. Alles ist so ziemlich beim Alten geblieben. Innerhalb der bürgerlichen Parteien ist von einiger Bedeutung nur der Gewinn von zwei monarchistischen Sitzen durch die Republikaner im Departement Cotes-du-Nord, weil der Generalrat dieses Departements damit zum erstenmal eine republikanische Mehrheit besitzt. Indes ist die entscheidende Schlacht um die Generalräte zwischen Republikanern und Monarchisten schon 1880 entschieden worden. Und überhaupt hatten die Monarchisten vor den diesjährigen Wahlen die Generalratsmehrheit nur noch in sechs Departements (unter 87).

Die Mandatsverschiebungen zwischen den Radikalen und den Bourgeoisrepublikanern sind bezeichnenderweise amtlich nicht angegeben worden. Einerseits fehlen dafür die nötigen Anhaltpunkte, indem der Wahlkampf zwischen den genannten Parteien diesmal weniger denn je einen parteipolitischen Charakter trug. So findet man in der amtlichen Statistik, neben 322 gewählten Radikalen und 253 Bourgeoisrepublikanern, 431 „Republikaner schlechthin, ohne nähere Bezeichnung, ob es radikale oder großbürgerliche Republikaner sind. Andererseits will ja das Ministerium Brisson die Regierung der geeigneten Republikaner sein, ohne Unterschied der Parteirichtung. Einige Tage vor den Wahlen hat Brisson sogar eine dahingehende Wahlinstruktion an die Präfekten erlassen, in welcher diesen aufgegeben wird,

sich in etwaigen Kämpfen zwischen den einzelnen republikanischen Parteien durchaus neutral zu verhalten.

In diesem Jahre wurde diejenige Hälfte der Generalräte erneuert, die vor sechs Jahren, 1892, gewählt wurde. Die Sozialisten, die erst 1895 sich in ernsterer Weise an den Generalratswahlen beteiligt haben, halten demnach in den diesjährigen Erneuerungswahlen nicht viel alte Sitze zu behaupten. Genaue Angaben fehlen. Nur die gesetzliche Arbeiterpartei hatte 1892 14 Mandate in den Generalräten gewonnen. Nach der amtlichen Statistik, deren Richtigkeit freilich bis auf weiteres dahingestellt bleiben muß, haben nun die Sozialisten im ersten Wahlgange 24 Mandate gewonnen oder behauptet. Von den 1438 zur Wahl gestandenen Bezirken, darunter 14 Nachwahlen in der zweiten Hälfte der Generalräte, die diesmal nicht erneuert wird, sind bisher 1424 Ergebnisse bekannt, worunter 138 Stichwahlen. Mach also 24 Sozialisten auf rund 1300 Generalratsmitglieder, im Vergleich mit 1892 ein Gewinn von etwa zehn Sitzen.

Die Petits République schätzt den sozialistischen Wahlerfolg auf rund 30 Sitze, jedoch ohne nähere Bezeichnung der einzelnen Wahlbezirke, die im Vergleich mit der amtlichen Statistik das Mehr bilden.

Die 138 Stichwahlen dürften den Sozialisten einige weitere Mandate verschaffen, nämlich, wenn die Radikalen sich anständig benehmen sollten, ohne sich durch die Rufe nach der „Einigung der Republikaner“ verlocken zu lassen.

Als ungünstiges Moment für die Sozialisten ist hervorzuheben die Nähe der letzten Kammerwahlen. Winnen drei Monaten war es der Partei offenbar unmöglich, mit gleicher Kraft zwei Wahlschlachten anzufechten. Sonst wären die Ergebnisse wohl glänzender ausgefallen. Dann ist noch zu bedenken, daß den Departementswahlen von der großen Masse stets ein sehr geringes Interesse entgegengebracht wird, trotzdem die Generalräte u. a. direkte Wähler für den Senat sind.

Zugleich mit der Hälfte der Generalräte wurden — in der anderen Hälfte jedes Departements — die Bezirksräte erneuert, eine Körperschaft, die in der Verwaltung ein fünftes Rad am Wagen ist, politisch aber sehr beachtenswert ist, weil auch die Mitglieder der Bezirksräte direkte senatorische Wähler sind. Die Ergebnisse der Bezirksratswahlen stehen bis zur Stunde noch aus.

### Ein Prozeß Bolas.

Paris, 3. August. Heute kam vor dem Amtsgericht erneut der Verleumdungsprozeß Bolas gegen den Redakteur Judent und das Petit Journal zur Verhandlung. Der Gerichtshof prüfte die Frage der Zuständigkeit. Die Staatsanwaltschaft stellte den Antrag auf Unzuständigkeit des Amtsgerichtsgerichts, weil der Vater Bolas, der Gegenstand der Verleumdung, Beamter war. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft verlangte infolgedessen Verweisung der Angelegenheit vor das Schwurgericht.

### Gemeinde-Zeitung.

Biebertswitz. Gemeinderatssitzung vom 29. Juli. Unter Mitteilungen gibt der den Vorsitz führende erste Gemeindeälteste bekannt, daß dem Gemeindevorstand nach Verbringung eines ärztlichen Zeugnisses seitens der Amtshauptmannschaft ein Urlaub von vorläufig zwei Monaten gewährt worden sei. Vom Diakonissenhaus zu Dresden ist die jetzt hier thätige Schwester Anna abberufen und soll dieselbe durch die schon früher hier amtierende Schwester Marie Zobol mit Ende August ersezt werden. Nachdem durch neuerliche vorgenommene Untersuchung des Wassers aus dem Brunnen an der Post wiederum festgestellt, daß es zum Trinken ungeeignet ist, wird beschlossen, den Brunnen zu zufüllen und die Röhren dem früheren Eigentümer, Herrn H. Braudorf, zurückzugeben. Unter Armenangelegenheiten wird sodann bekannt gegeben, daß der Handarbeiter B. in das Armenhaus und gleichzeitig in die Schankstätteliste aufgenommen worden ist, ebenso hat die ledige Amalie R. Aufnahme im Armenhaus gefunden, während der Dachdecker C. in die Bezirksanstalt Taucha abgeleitet worden ist. Das Entstellend desselben, das bis jetzt von ihm erzeugt wurde, beschließt man, der Witwe Görz für jährlich 90 Mk. in Pflege zu geben. Die Umgangskosten des Schuhmanns Haase in Höhe von 50 Mk. bewilligt man unter der Bedingung, daß S. dieselben zurückzahlt, wenn er nicht zwei Jahre hierzulande im Dienst verblebt. Zur Verpachtung der Obstplantage am hiesigen Gärtnereiteich baldigst auszuschreiben. Ein Gesuch eines Herrn Dr. H. in S., ihm entgegen einem früheren Beschlusse die Ausübung der Thätigkeit als Rechtsanwalt neben dem Amt eines Gemeindevorstandes zu gestatten, in welchem Falle er sich um das Amt bewerben würde, lehnt man ab. Über ein wiederholtes Unterstützungsgebot des Frauenehms in Borsdorf geht man zur Tagesordnung über, während man einer Bitte der durch Wolfenstein geschädigten Gemeinde Wolfenstein Gehör schenkt und hierzu 50 Mark bewilligt. Ein Gesuch der Allg. Garibaldi- und Acetyl-Behörde, auf eigene Rechnung am Marktplatz einige Laternen probeweise brennen zu dürfen, genehmigt man unter der ausdrücklichen Bedingung, daß dadurch irgend welche Verbindlichkeit für die Gemeinde nicht besteht. Die Vergebung der Kohlen- und Petroleumlieferung erfolgt an die Kindesförderer, und zwar hat die Kohle zu liefern Herr Illgner, das Petroleum Herr Hoffmann. In dem von der Gemeinde veröffentlichten Protokoll vom 29. April steht u. a.: Hieraus wird die Justifikation der Sparkassenrechnung ausgesprochen. Da dies nicht der Fall gewesen ist, wird der Gemeindeälteste interpoliert und das damalige Protokoll nochmals verlesen. Von einer Justifikation ist darin keine Rede und beschließt man, diesen Irrtum öffentlich zu berichtigen. Auf erneutem Antrag wird mit 14 gegen 8 Stimmen beschlossen, die Sparkassenrechnung, soweit angezeigt, von einem vereideten Revisor prüfen zu lassen. Der Gemeindeälteste Liebner erklärt, daß er diesen Beschuß nicht ausführen, sondern der Amtshauptmannschaft zur weiteren Entscheidung vorlegen werde. Von der Mehrheit der Mitglieder wird erklärt, auf die Ausführung des Beschlusses verzichten zu wollen, wenn die Amtshauptmannschaft oder Herr Liebner die Garantie für die Richtigkeit der Rechnung übernimmt. Herr Liebner lehnt diese Garantie ab. Schließlich beschließt man noch, zur Prüfung der eingegangenen Gesuche um die zur Erledigung kommende Gemeindevorstandsstelle die erste August-Lesung eine Sitzung abzuhalten und dabei gleichzeitig die zweite Lesung der Geschäftsordnung vorzunehmen.

### Hierzu eine Beilage.

Sonnabend den 6. August abends halb 9 Uhr

**Grosse öffentl. Arbeiterversammlung**

im Gambrinus, L.-Connewitz.

Tagesordnung: 1. Die Herren Schneidermeister Illitsch und Raicke in L.-Connewitz. 2. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch bitten

[7423]

D. G.

[7423]

Sonntag den 7. August 1898

**Schmiede von Leipzig u. Umg.**

Sonntag den 7. August 1898

**Grosses Sommervergnügen**

in sämtlichen Räumen der Goldenen Krone zu L.-Connewitz bestehend in Konzert und Tanz sowie Herren- und Damenspielen.

Anfang 3 Uhr. Ende wenn's beliebt ist. Programme im Vorverlauf sind zu haben. Münzgasse 6, Schmiedeherberge, Goldene Krone, Connewitz, sowie bei sämtlichen Komitee-Mitgliedern. Es lädt ergebnis ein.

Das Komitee.

[7422]

Das Komitee.

**Leipziger Genossenschaftsbäckerei**E. G. m. b. H.  
Montag den 8. August abends halb 9 Uhr**Ordentliche General-Versammlung**  
im Saale des Restaurant Spiess.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1. Halbjahr 1898. 2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Ernst Thiele. Oskar Hössiger.

[7415]

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

**Dachdecker.**

Montag den 8. August vormittags halb 11 Uhr

**Öffentliche Versammlung**  
im Coburger Hof.

Tagesordnung: 1. Weitere Stellungnahme zu unserer jüngsten Arbeitszeit. 2. Bericht vom Kartell und Neuwahl zur Herbergskommission und Beerdigungs-Deputation. 3. Werkstahangelegenheiten.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen.

Der Vertrauendmann.

**Gesellschaftshalle, Lindenau.**

Freitag den 5. August abends 8 Uhr

**Grosse humoristische Soirée**der Leipziger Quartett- und Couplet-Sänger  
Ausleger, Großmann, Tauer, Müller, Döber, Schiele, Dehnichen u. Lindner.

Urkomisches Programm.

Morgen sowie alle Freitage

**Pantheon. Ballmusik.**

Ergebnis siehe ein

J. Munkelt.

**Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen**

empfehle meine stets sauberen Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Hierzu kommt gute Biere und große Auswahl in Speisen.

Bürgerlichen Mittagstisch inkl. Suppe 40 Pf.

Zur Aufführung W. Spiess.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen.

Der Vertrauendmann.

**Bad Rohrteich, Schönefeld.**

Größter und schönster Außenhaltort Leipzigs.

Erstes Motorboot in Leipzig, 20 neue Gondeln, Segelboot.

Schwimmbecken für Herren und Damen. Einzelne Zellenbäder.

Schwimmunterricht von ersten Lehrern.

Dabei empfiehle meine hochseinen Getränke und gute Küche. Bloß. Schönheit.

**Dr. med. E. Clarus**

Leipzig-Plagwitz

bis 20. September verreist.

**Connewitzer Möbel-Halle.**

Die grösste der Südvorstadt.

Stockartstr. II und Bornaische Str. 32.

Empfehlung alle Möbel, Spiegel und Polsterwaren billig unter Garantie.

Moritz Freyer.

Mit 10 Proz. Rabatt auf alle Produkte

Nur durch großweisen Bezug aus ersten Fabriken kann ich jede Taschen-Uhrfeder garantieren u. nachweislich erste Güte für 75 Pf. einzugeben.

Für Haltbarkeit 3 Jahre Garantie. Die alte (herbrochene) Feder wird sofort zurückgegeben.

M. Kemski Nürnbergstr. 6 Specialgeschäft für Uhren.

Bei Bedarf

halten sich bestens empfohlen

**Gebrüder Pörsch**

Leipzig, Brühl Nr. 71.

Verantwortlicher Redakteur: Rich. Blaet in Leipzig. — Druck und Vertrieb: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

**Schmiede von Leipzig u. Umg.**

in sämtlichen Räumen der Goldenen Krone zu L.-Connewitz bestehend in Konzert und Tanz sowie Herren- und Damenspielen.

Anfang 3 Uhr. Ende wenn's beliebt ist. Programme im Vorverlauf sind zu haben. Münzgasse 6, Schmiedeherberge, Goldene Krone, Connewitz, sowie bei sämtlichen Komitee-Mitgliedern.

Es lädt ergebnis ein.

Das Komitee.

[7422]

Das Komitee.

**Töpfer und Berufsgenossen**

von Leipzig u. Umeg.

Montag den 8. August von nachmittags 3 Uhr an in den Drei Mohren, L.-Anger

**Gr. Sommerfest**

bestehend aus Konzert, Belustigung für Damen und Herren, Preissiegeln und Tombola sowie Ball.

Hierzu lädt alle Kollegen nebst Damen freundlich ein. Das Komitee.

Billigste Bezugsquelle! Empfehlung zur Messe-Saison hier noch nicht bekannte billige Preise.

Reisekörbe Mk. 2.50 Reform-Kinderwagen 12.50 Tragkörbe 2.25 Leiterwagen 3. Kinderkörbe 2.75

Man überzeugt sich und niemand wird unbedingt den Laden verlassen.

Reudnitz, Senefelderstr. 1, Ecke Chausseestr. Sellerhausen, Wurzener Strasse 59.

Moritz Winkler.

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

[6494]

# Beilage zu Nr. 178 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag den 4. August 1898

## Bismarcks Tod.

Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung „zu wissen glaubt“, sind von Bismarcks Memoirenwerke drei Bände fertig gedruckt, Fürst Herbert Bismarck habe von seinem Vater die Ermächtigung erhalten, die Veröffentlichung in dem Augenblick vorzunehmen, der ihn geeignet erscheine.

### Es geht nicht.

Bezüglich der zuerst geplanten Gedächtnisfeier auf dem Ehrenplatz erfährt die Börsische Zeitung, daß vom Kaiser ausdrücklich eine großartige Schanstellung befohlen worden war. Während der Beratungen der zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung traf jedoch von Kiel aus eine telegraphische Meldung ein, daß der Kaiser von der geplanten öffentlichen Feier Abstand nehme und eine kirchliche Feier bestimme. Die Gründe für die Änderung des kaiserlichen Beschlusses entziehen sich der öffentlichen Kenntnis, ebenso wie die Gründe, aus denen der vom Kaiser an Reinhold Vegas erteilte Befehl, die Totenmaske abnehmen zu lassen, unanalogebleiben müste.

Inzwischen ist das Bismarckische Entlassungsgesuch veröffentlicht worden . . .

### Bismarck über Todes-Prunkfeiern.

Garden erzählt in der Zukunft: Es war im Jahre 1894, nach dem Januartage, der Bismarck im Berliner Schloss geschen und, wie Gläubige lange behaupteten, den Abschluß einer „Beschämung“ gebracht hatte. Der Fürst durfte damals selbst bei lärmendem Weiter noch im Freien Gespräche führen und lud Gäste, deren Art ihm nicht unbehaglich war, gern in den Wagen, in dem Palast, der sichere, in Wald und Feld heimische Ausflüchte, ihn vor der Hauptmahlzeit täglich ein paar Stunden herumfuhr. Allerlei Geschäftstätigkeiten, allerlei Versuche, die Beziehungen des wieder Begnaden zu Hof und Regierung zu entstellen, hatten ihn erst verstimmt und später zu ironischer Heiterkeit erregt. Auf dem Heimwege wurde er still und ließ sich vor dem Herrenhause halten. Er wies mit der Sticke des Stockes auf einen Hügel gegenüber dem Hause, das man thöricht ein Schloß genannt hat, und sagte: „Da, denke ich, werde ich mich einmal mit meiner Frau begraben lassen. Ich hatte auch an Schönhausen gedacht; aber hier ist's wohl passlicher, denn in Schönhausen bin ich doch eigentlich schon lange ein Fremder.“ Der Gast hatte zu schweigen. Abends, als die altpfälzische Delampe freundlich brannte und die kränkelnde Fürstin auf ihrem Sofa, neben Lenbachs Meisterbild des alten Kaisers, eingenickt war, schlug der Sinnende wieder das Thema an, verarbeitete es nach seiner Weise und schien sich in humoristischer Ausmalung des feierlichen Värmes, der nach seinem Tode losbrechen würde, nicht genug ihm zu können. Frau Johanna schaute auf und rief ganz ärgerlich: „Aber, Ottochen, wie kommt Du nur so traurige Sachen reden!“ „Liebes Kind,“ war die Antwort, „gestorben muß einmal sein, trotz Schwinger, und ich will wenigstens rechtzeitig dafür sorgen, daß mit meinem Nachnamen kein Rufus getrieben wird. Ich möchte nicht, wie die Berliner sagen, eine schöne Reiche sein; und eine von der bekannten Unfruchtbarkeit, die heimlich läuft! macht, inszenierte Trauerkomödie, so zwischen Vogelwiese und Prozeßton, wäre so ziemlich das einzige, was mich noch schrecken könnte.“

### Kleine Nachrichten.

Der Reichsanzeiger meldet: „Anlässlich der Trauerfeier für den Fürsten Bismarck bleibt die Reichsbank am 4. August vormittags geschlossen.“

Ein Vorschlag der Kreuzzeitung. Die Kreuzzeitung schreibt: „Es ist im höchsten Grade wünschenswert, daß zur politischen und historischen Erziehung des deutschen Volkes eine systematische Veröffentlichung der Gesandtschaftsberichte und politischen Denkschriften Bismarcks in Angriff genommen wird. Bismarck selbst hat in einem Brief an Heinrich v. Treitschke vom 15. Dezember 1865 sich folgendermaßen ausgesprochen: „Zedenfalls habe ich keinen Glauben an die Bedeutung von Deveschengeheimnissen, die älter sind, als die Beleidigung der gegenwärtig die Politik leitenden Personen an den Staatsgeschäften.“ Alles, was vor das Jahr 1871 fällt, und noch viele weitergreifende politische Ereignisse würden damit nach seinem autoritären Urteil ohne Schaden für die Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn, rücksichtslos veröffentlicht werden können. Fürst Hohenlohe, der ja in diesen

## Kleine Chronik.

Leipzig, 4. August.

— Triumph der Massentechnik. In Abassie nächst Kairo wurden vor kurzem sehr interessante Versuche mit der fünfzölligen Howitzer Kanone gemacht, mit der die 37. Feldbatterie der königlich englischen Artillerie ausgerüstet ist. Die Geschosse dieser Kanone sind mit Lyditt, einem Explosivstoff von außerordentlicher Kraft, geladen. Die Übungen begannen mit dem Schießen auf 800 Yards Entfernung; nach einigen Schüssen wurde die Distanz verringert. Die Explosionswirkung der Geschosse bewirkte geradezu schreckliche Verheerungen. Auf einen weiten Umkreis sogen die Geschosspartikel, und die ganze Umgebung erbebte unter der Erschütterung. Die Wirkung des Geschosses gegen eine Mauer war jedoch nicht so kräftig, als man hätte vermuten sollen. Es werden aber fünfzehn Kinder mit langsamem Brand angewendet werden, und dann wird, wie man glaubt, die Wirkung schrecklich sein. Die Howitzer Kanone soll in erster Linie zum Angriff gegen Mauerwerk verwendet werden, aber sie wird auch dazu dienen, alles wegzuzeigen, was sich auf dem Felde befindet, soweit die Explosionsgrenzen der Geschosse reichen. Das Geschoss, das in ein Gebäude oder in einen Truppenträger einschlägt, wird vernichtet. — So meldet freudig erregt ein bürgerliches Blatt. Die Kunst des Massenmordes floriert.

### Humoristisches.

Fluch der Berühmtheit. Gattin eines bekannten Gelehrten (im Kaffeehaus): „Mein Mann fühlt sich sehr unglücklich! Er möchte so gern ein zweites Käppel zum Frühstück — aber er kann nicht: im Konversations-Käppel steht, daß er beim Frühstück immer nur ein Käppel nimmt!“

Die Enthusiastin. Frau eines Tenors: „Hören mal, wie mein Mann im Nebenzimmer schwatzt!“ — Freundin (Horchen): „Ach ja . . . ist das nicht aus Tannhäuser?“

Im Dusel. Reiter (der, stark angebaut, sein Pferd besiegt, auf der anderen Seite aber wieder heruntersfällt): „Wertvölkig, wie wenig so ein Gaul vertragen kann!“ (G. Bl.)

Dingen selbst ein Kenner ersten Ranges ist, würde sich um das deutsche Volk wie um seinen großen Vorgänger in hohem Maße verdient machen, wenn er ihm das Denkmal einer solchen Publikation setzte.“

Im Interesse der Geschichtsforschung liegt dieser Vorschlag. Wird er aber so bald verwirklicht werden?

Zu der Veröffentlichung des Entlassungsgesuches weimert die Königliche Leipziger Zeitung:

„Es ist uns leider nicht vergönnt, die Feier, die nicht nur die Freude, auch die Trauer an sich hat, rein zu genießen. Von jenen Händen, die die ersten schlimmen Nachrichten über das Verbinden des entklammerten deutschen Heros zu geschärflichen Zwecken ausbeuteten, wird ein historisches Dokument in die Welt gesetzt, das, an und für sich echt und bewirktig, doch in die augenblickliche Stimmung nicht hineinpäht und geeignet ist, einen Mitschlag in die Feier zu bringen. Möge der Frieden und Slinnung hörende Versuch vereinzelt bleiben und ohne Folgen sein, der nur unseren Feinden auseinander zu innern zu gute kommen würde!“

Die Leipziger Neuesten Nachrichten wollen von ihrem Korrespondenten in Friedrichsruh folgendes erfahren haben: „Über die in einem Berliner Blatte zuerst erfolgte Veröffentlichung des Abschiedsgesuches des verehrten Fürsten Bismarck ist man in der fürstlichen Familie sehr unwillig. Man ist durch die Publication aufs äußerste überrascht worden; denn das bedarf kaum einer besonderen Versicherung, daß die Familie selbst diesem Schritte durchaus fern steht. Man ist in Friedrichsruh fest davon überzeugt, daß die Abschrift von dem Original ohne Vorwissen des verstorbenen Fürsten genommen worden ist. Der Fürst, so erfahren wir aus sicherster Quelle, habe die Veröffentlichung von anderer, als von Seite der Regierung für ungültig gehalten. Wäre sie ihm seinerseits oder durch seine Vermittlung stolhaft erschienen, so würde sie im Sommer 1892 von Leipziger aus in der heftigen Pressehölle mit der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erfolgt sein. Damals aber beschrankten sich die Hamburger Nachrichten darauf, an die Regierung die direkte Auflösung zu richten, sie sollte den Wortlaut des Entlassungsgesuches, das ja doch in den Akten des Auswärtigen Amtes liege, endlich bekannt geben, damit das Volk erfahre, aus welchem Grunde Fürst Bismarck aus seinen Rechten geschieden sei; allein dadurch könnte der Legenden- und Mythenbildung ein Ende bereitet werden. Der Reichstanzler v. Caprivi entsprach damals dieser Auflösung nicht, und sie unterblieb. Die Veröffentlichung noch am offenen Grabe des alten Fürsten könnte an allerhöchster Stelle Missbraue gegen den Fürsten Herbert erwecken. Darum sei noch einmal mit vollem Nachdruck wiederholt: die fürstliche Familie und die ihr nahestehenden Kreise stehen der Veröffentlichung des Abschiedsgesuches durchaus fern und verurteilen sie aufs schärfste.“

Der Kaiser hielt, wie jetzt bekannt wird, am Sonntag auf seiner Yacht Hohenzollern vor Beginn des Gottesdienstes eine Ansprache, in der er die Verdienste des Fürsten Bismarck rühmend hervorholte und sagte, daß wir Bismarck Dank wissen müssten, daß wir Deutsche seien.

Die Nord. Allg. Blg. meldet: Prinz Heinrich telegraphierte aus Husan an den Kaiser und sprach seine tiefe Ergrüttung über das Hinscheiden Bismarcks aus. Der Kaiser dankte telegraphisch.

Alther sämlichen deutschen Bundesfürsten und Kaiser Franz Joseph von Österreich haben Beileidsgramme gesandt: Der Kaiser aus Russland, die Königin von England, der Prinz von Wales, der König von Schweden, König Humbert von Italien, Sultan Abdul Hamid und der König von Serbien.

Hamburg, 3. August. Fürst Herbert Bismarck erhält in den Hamb. Nachr. folgende Danksagung: „Die zahllosen Neuerungen von ließtem Schmerz und warmem Empfinden, welche dem unauslöschlichen Andenken meines großen Vaters gelten, nehmen einen so überwältigenden Umfang an, daß es unmöglich erscheint, den Leidtragenden für ihre Treue bis über den Tod hinaus im einzelnen zu danken. Aus allen fünf Weltteilen halle der Kummer, der die Familie an Sarge niedergelegt, in rührender Teilnahme wieder, und es thut mir weh, nicht jede Kündigung beantworten zu können. Ich bitte die deutschen Zeitungen, diesen Worten Aufnahme zu gewähren, und danke im Namen der nächsten Angehörigen von ganzem Herzen allen, die durch Trostworte und Blumensträuße von mir geschenker Pracht der Trauer, welche unser Land erfüllt, Ausdruck gegeben haben.“

Nach der Köln. Blg. bemerkte die Familie Bismarcks, alle jene Anordnungen nach dem Tode desselben, die vielfach eigentlich erschienen, seien auf das Wort des Fürsten zurückzuführen, daß er wenigstens im Tode Ruhe haben wolle. Die Leiche soll doch erst in etwa sechs Wochen nach Fertigstellung der den Unterbau des geplanten Mausoleums bildenden Gewölbe beigelegt werden.

Wien, 3. August. Die deutsch-nationalen Vertrauensmänner beschlossen eine große Trauerfeier nach der Bestattung Bismarcks. Zu dieser wird eine Abordnung entsendet werden. Das laufende Jahr hat als Trauerjahr zu gelten und werden während desselben keine Feste außer nationale veranstaltet. Im Gemeinderate werden die Nationalen die Benennung einer Straße nach dem Namen Bismarcks und die Anbringung einer Gedächtnisplatte auf Palais Polzsch beantragen. Die Bürgerschaften tragen diese Couleurtrauer.

In einer Versammlung der deutsch-nationalen Vertrauensmänner in Wels wurde beschlossen, als Trauerzeichen anlässlich des Ablebens des Fürsten Bismarck schwarze Kornblumen bis zum Gedenktag der Schlacht von Sedan zu tragen. Alle Männer, Frauen und Mädchen wurden erucht, sich dieser Trauer anzuschließen.

Venbach tritt den Gerüchten, wonach Dr. Chrysander ein Bismarcksches Memoirenwerk vorbereitet und Prof. Venbach hierzu künstlerische Beiträge geben wolle, entgegen. Dr. Chrysander dürfte für eine derartige Veröffentlichung kaum das nötige Material haben, da er während der intimen Gespräche im Freundekreise fast immer anderweitig beschäftigt gewesen sei. Was Prof. Venbach selbst betrifft, so habe er nicht die Absicht, an einem derartigen Unternehmen mitzuwirken.

Die Arbeiterschaft des Hauses Cornelius Heyl in Worms, dessen Inhaber der bekannte Reichstagsabgeordnete Frhr. Heyl

v. Herrnsheim ist, handelt nachfolgendes Telegramm an Herrn v. Bismarck nach Friedrichsruh:

Mit dem ganzen deutschen Vaterlande trauern wir um den Heimgang von dessen größtem Sohn und bringen Ew. Durchlaucht unter tiefsinnende Teilnahme hiermit zum Ausdruck.

Die Arbeiterschaft des Hauses Cornelius Heyl. Sollten die Arbeiter der Firma wirklich ohne Ausnahme solche Bismarckverehrer sein? Am 16. Juni 1898 erhielt im Wahlkreis Worms-Heppenheim-Wimpfen Herr v. Heyl 10011 Stimmen, während auf die Kandidaten der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Ultramontanen 7351 Stimmen entfielen.

Die Errichtung eines Sarkophags mit Statue im Berliner Dom hat der Kaiser auch am Dienstag in Friedrichsruh dem Fürsten Herbert Bismarck angeboten. Fürst Herbert Bismarck soll darauf den Wunsch ausgesprochen haben, es der Familie zu gestatten, ihren großen Toten durch die Errichtung einer Ruhestätte an dem Orte zu ehren, wo er seine Tage beschlossen hat. Der Kaiser deutete zum Schluss darauf hin, daß er den Plan, dem verstorbenen Fürsten ein Denkmal im Berliner Dom zu sehen, nicht ausgebe.

Fürst Herbert Bismarck versammelte gestern nachmittag die Dienerschaft, die im unmittelbaren Dienste bei dem verstorbenen Fürsten und seiner Gemahlin beschäftigt gewesen war, und teilte ihnen die Legate mit. Der alte Kammerdiener Pinnow erhielt die Summe von 5000 M.

### Trauerkundgebungen.

Für die deutsch-konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat Graf Limburg-Strirum ein Blumenarrangement nach Friedrichsruh gesandt. — Die Mitglieder des Herrenhauses, die am Dienstag nach Friedrichsruh eine Kranspende überbrachten, haben, wie der Freisinnigen Zeitung gegenüber einer falschen Nachricht des Berliner Lokalanzigers vom Bureau des Herrenhauses berichtet wird, die Kranspende persönlich am Sarge niedergelegt und sind vom Fürsten Herbert Bismarck empfangen worden. — Am Nationaldenkmal auf dem Niedervalb planen für nächsten Sonntag mittelrheinische Städte eine Trauerkundgebung. — Die Errichtung eines Bismarckdenkmals im großen Sill im Sachsenwald wird von dem Hamburger Komitee geplant. — Der Nachruf für den Fürsten Bismarck im Reichsanzeiger war nach den Verl. Neuesten Nachr. von Professor Kosser, dem Director der Staatsarchive, im Auftrage des Reichskanzlers verfaßt.

### Bismarcks Schulzeugnisse.

Zeugnis für den Schüler Otto von Bismarck von den Lehrern des Berliner Gymnasiums zum Grauen Kloster, Michaelis 1890:

Ausführung: Gut, nur zu bebauen, daß er durch seine Reisen große Lücken erhalten hat.  
Kunnerschamkeit: Stets teilnehmend.  
Fleiß: Regelmäßig.

Fortschritte: Biennisch im Griechischen. Begegnen sich Lücken in Latein und Geschichte. Merklich in der Mathematik. Nicht vermehrt im Deutschen. Einige im Französischen.

Das Abiturientenzeugnis. Die mündliche Prüfung im Grauen Kloster in Berlin fand am 8. April 1882, also zwei Tage nach dem 17. Geburtstage Bismarcks unter Vorsitz des Bürschen Oberkonsistorialrates Nolte statt; unter denen, die am besten antworteten, wird auch Bismarck genannt, trotzdem er ein Bezeugnis Nr. 2. Es hat folgenden Wortlaut:

Nummer 2.

Entlassungzeugnis.

1. Name des Geprüften und Stand seines Vaters: Leopold Eduard Otto v. Bismarck, 10½ Jahre alt, evangelischer Konfession, aus Schönhausen in der Altmark, Sohn des Gutsbesitzers auf Kniehof in Pommern.

2. Zeit des Schulbesuches: Er war zwei Jahre, von Sekunda an, Schüler des Gymnasii und 1½ Jahre in Prima.

3. Aufführung gegen Vorgesetzte und Mitschüler: Stets anständig und wohlgesetzt.

4. Fleiß: War zuweilen unterbrochen, auch fehlte seinem Schulbesuch unausgelehrte Regelmaß.

5. Kenntnisse: Sind im Lateinischen gut, sowohl im Verständnis der Schriftsteller als in seinen schriftlichen Übungen, im Griechischen ziemlich gut. Im Deutschen besitzt er eine sehr erfreuliche Gewandtheit und in der Mathematik, Geschichte und Geographie ein befriedigendes Maß von Kenntnissen. Von den neueren Sprachen hat er französische und englische Sprache mit besonderem Erfolg betrieben.

Er wird in Bonn, Genf und Berlin Jura und Cameralia studieren, und wir entlassen diesen fähigen und wohlvorbereiteten Jüngling mit unseren besten Segenswünschen und der Hoffnung, daß er mit ernstem Eifer an seiner ferneren wissenschaftlichen Ausbildung arbeiten wird.

Berlin, den 8. April 1882.

Verordnete Prüfungskommission des Berlinischen Gymnasiums vom Grauen Kloster.

## Der spanisch-amerikanische Krieg.

Vom Frieden.

Washington, 3. August. Präsident Mac Kinley erklärte heute vormittag, er habe eine offiziöse Mitteilung von der Zustimmung Spaniens zu den Friedensbedingungen erhalten und erwarte die amtliche Antwort jeden Augenblick.

Der spanische Botschafter erhielt die Antwort der spanischen Regierung auf die seitens der Vereinigten Staaten vorgelegten Friedensbedingungen. Der Botschafter wird die Antwort heute dem Präsidenten übergeben.

Washington, 4. August. (Hirsch L.-B.) Die vom spanischen Botschafter dem Präsidenten Mac Kinley überreichte Note der spanischen Regierung auf die amerikanischen Friedensbedingungen erklärt sich mit allem einverstanden unter dem Vorbehalt, daß die Philippinen in seinem Falle in amerikanische Hände übergehen und die Cortes die Abmachungen gutheißen.

Barcelona, 4. August. Die Bevölkerung ist wegen der bevorstehenden Beendigung des Krieges hoch erfreut.

Not in Havanna.

Havanna, 3. August. Die Zahl der Personen in Havanna, deren Lebensunterhalt auf öffentliche Kosten bestreitet wird, wird auf 18000 geschätzt.

## Die deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1897.

Seit dem Jahre 1893 weisen, so schreibt das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die gewerkschaftlichen Centralverbände eine sich von Jahr zu Jahr steigernde Zunahme an Mitgliedern auf. Auch im Jahre

1897 ist ein Mitgliederzuwachs in den Verbänden zu verzeichnen, der in der absoluten Zahl die Summe der neu gewonnenen Mitglieder in allen vorhergehenden Jahren übersteigt. Für 1896 konnten wir berichten, daß die Mitgliederzahl der Centralverbände um 7005 oder 27 Proz. gegenüber dem Vorjahr gewachsen war. 1897 beträgt die Mitgliederzunahme in den Verbänden 88129 oder 25,2 Proz. Es wurden 1897 in 56 Verbänden 412350 und in Lokalvereinen 6803, zusammen 419162 Mitglieder gezählt. Gegenüber dem Jahre 1893, das in den Jahren, in welchen die Übersichten über den Stand der Organisationen gegeben sind, die geringste Mitgliederzahl aufwies, ist dies eine Zunahme von 189352 oder 80 Proz.

Die Zahl der Verbände, sowie die Mitgliederzahl in diesen und den Lokalvereinen, über die Angaben gemacht wurden, zeigt die nachstehende Tabelle.

Jahr	Gesamt- Org. n.	Mit- glied- zahl	Davon weiß- liche Mit- glieder	In Lo- kal- vereinen ca.	Zu- sam- men	Ber- ufs- arbeiter- organis- ationen
1891	62	277659	—	10000	287659	18000
1892	56	287094	4855	7640	244784	20700
1893	51	228580	5384	6280	229810	20526
1894	54	246494	5251	5550	252044	194
1895	53	250175	6007	10781	269958	411801
1896	51	320280	*15265	5858	335088	—
1897	*56	412350	*14844	6803	410102	—

Der ständige Wechsel in der Zahl der gewerkschaftlichen Centralverbände zeigt, daß in einzelnen Berufen die gewerkschaftliche Organisation über den Standpunkt des Experimentierens noch nicht hinausgekommen ist. In jedem Jahre ist die Gründung und das Eingehen, oder der Zusammenschluß mehrerer Verbände zu einer gemeinsamen Organisation zu verzeichnen. Auch im Jahre 1897 sind fünf neue Verbände gegründet worden, die sämtlich auf einem Zusammenschluß von Lokalvereinen beruhen, deren Mitglieder in den früheren statistischen Zusammenstellungen zum Teil bereits mitgezählt sind. Es sind dies die Verbände der Gastwirtschaftsgehilfen, Graveure, Handelshilfsarbeiter, Handlungsgesellen und Seelenleute. Der 1895 gegründete Verband der Lagerhalter und der 1887 gegründete Verband der Xylographen sind bisher in der Statistik nicht geführt worden. Der erstere ist eine fast ausschließlich auf Sachsen beschrankte Verbindung von Einzelmitgliedern, der letztere eine hauptsächlich durch das Fachorgan erhaltenen Verbindung einzelner selbständiger Vereine. Bei den Handelshilfsarbeitern und den Handlungsgesellen ist die Verbandsgründung nicht im Einverständnis mit allen bisher in den Lokalorganisationen vereinigten Vertragsgenossen erfolgt, und bestehen neben den Verbänden noch centrale Körperschaften, die eine Verbindung mit den Lokalorganisierten durch Vertrauensmänner erhalten. Der im Jahre 1895 gegründete Verband der Flößer hat für 1897 keine Angaben für die Statistik gemacht, doch ist seine Mitgliederzahl von 1896 in der Gesamtübersicht mitgerechnet. Den 1897 gegründeten Verband der Eisenbahner werden wir aus den im vorigen Jahre angegebenen Gründen in der Statistik nicht führen.

Die in dem letzten Jahrzehnt fast ununterbrochen sich folgenden Änderungen in den meisten Organisationen machen es, wenn nicht ein weitreichendes Bild gegeben werden soll, außerst schwierig, auch nur annähernd den Fortgang der organisatorischen Arbeit in den einzelnen Berufen zu schildern.

\* Hier ist der in den Tabellen fehlende Verband der Flößer mit 1495 Mitgliedern mitgerechnet. \* Für die Tabellarbeiter ist die Zahl der weiblichen Mitglieder nicht angegeben. 1895 waren 2831 und sind für 1896/97 3000 geschätzt. \* Saar- und Ruhrrevier. \* Darunter 8821 Mitglieder des aufgelösten sächsischen Verbandes.

nichts wissen wollen, zu einer „Kriegserklärung“ auf. (Hellerkeit.)

Wilson (Durham), Parlamentsmitglied, antwortete, von Krieg könne keine Rede sein. Wollte seine Organisation den Krieg, so würde sie eine Gegenresolution eingebracht haben. Dass die Meinungen in der englischen Delegation in dieser Frage geteilt seien, wisse man. Gerade seine Organisation habe bereits den Achtstundentag und noch mehr ohne das Parlament erreicht, und sie sei mit diesen Erfolgen vollauf zufrieden.

Die Abstimmung erfolgte nach Nationen. Mit Ausnahme eines kleinen Teiles der englischen Delegation stimmten sämtliche Delegierte für die Resolution einstimmig des Ammendements Ebert. Das Gesamtergebnis betrug 813000 Stimmen für, 180000 Stimmen gegen die Resolution.

Es folgte nun der zweite Punkt der Tagesordnung: Die Haftbarkeit der Arbeitgeber. Die Miners' Federation hat folgende Resolution eingebracht: „Die Arbeitgeber sind für alle Unglücksfälle, die den Arbeitern zustoßen, verantwortlich zu machen. Es sind in diesem Sinne Gesetze für die Bergindustrie zu schaffen. Der Kongress stimmt seinem Gesetz zu, das es möglich macht, die Verantwortlichkeit durch gegenseitige Kontrakte zu umgehen.“ Die französischen und belgischen Delegierten beantragten, es ist ein Gesetz zu schaffen, das die Arbeitgeber zwingt, ihre Arbeiter bei Unfällen, die ihnen während der Arbeit entweder in den Gruben oder in deren Nähe zustoßen, zu entschädigen.

Marion (Derbyshire) nimmt als erster Redner das Wort und führt aus: Auch dieser Antrag sei in gleicher oder ähnlicher Form schon zum neuntenmal eingebracht worden, aber alle Anstrengungen, ihn durchzuführen, seien bisher vergeblich gewesen. In dieser Frage seien alle englischen Bergarbeiter einsig. Seit dem letzten Jahre existiere in England ein Unfallgesetz, das nach dem Vorbild des deutschen Unfallgesetzes ausgearbeitet sei und auch die Entschädigungspflicht der Arbeitgeber regele. Über dieses Gesetz entspräche keineswegs den Ansprüchen der Arbeiter, denn es lasse der Umgehung der gesetzlichen Bestimmung durch privatrechtliche Kontrakte zwischen Arbeitgeber und Arbeitern immer noch ein Hintertochter. Früher sei dieser Unfall allgemein gewesen, jetzt müssten solche Kontrakte wenigstens den staatlichen Aussichtsbauern der Krankenversicherung vorgelegt werden. Dieser sollte nur die Zustimmung zu Kontrakten geben, durch die der Arbeiter nicht geschädigt werde. Das Gesetz bedeute so einen Fortschritt, aber nur einen kleinen. Basly habe vorhin darauf Gewicht gelegt, daß für den Parlamentskampf von den Arbeitern auch nur Arbeiter in die gesetzgebende Körperschaft geschickt würden. Er habe recht, und namentlich die im Schleppzug bourgeoisier Pariser regelnden englischen Arbeiter sollten sich das gefragt sein lassen. Erst wenn der Arbeiter die ihm zu Gebote stehende Macht auch ausübt und Arbeiter in die Parlamente schickt, würden solche Arbeitgeberforderungen auch durchgeführt werden. (Lebhafte Beifall.)

Grablonich (Böhmen) hat Bebenen gegen die privatrechtliche Haftbarkeit der Arbeitgeber, da diese, wenn sie in Konkurrenz geraten, den Arbeitern zu Schaden kommen lassen. Er verlangt öffentlich rechtliche Anstalten, die das Versicherungswesen regeln und dem Arbeiter bei volliger Erwerbsunfähigkeit auch den ganzen Lohn entgangen auszahlen. Um nun aber einer Häufung der Unfälle vorzubeugen, die bei allzu großer Sorglosigkeit der Arbeitgeber entstehen würde, müssten die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten das Recht haben, von den Arbeitgebern Regress nehmen zu können. Redner stellte ein Ammendment im Sinne dieser Ausführungen in Aussicht.

Basly (Frankreich) berichtet über das neue französische Unfallgesetz, das im März dieses Jahres in der Kammer beschlossen und in etwa drei Monaten Gesetzeskraft erlangen wird. Das neue Gesetz bedeute für den Arbeiter einen ungeheuren Fortschritt. Während er früher nur Entschädigung bekam, wenn er den Nachweis führen konnte, daß ihm leidlicher Schaden am Unfall treffe, was nur höchst selten gelang, ist jetzt die Entschädigungspflicht des Unternehmers grundätzlich für alle Fälle geistlich festgelegt, es sei denn, daß der Arbeitgeber nachweisen kann, der Arbeiter habe absichtlich den Unfall herbeigeführt. (Hellerkeit.)

Cowell (Worcesthire) besprach noch einmal die schon erwähnte Kontraktionsklausel des englischen Unfallgesetzes, die er das Grundzettel des Gesetzes nannte.

Burt (Northumbrieland) hebt hervor, daß die englischen Arbeiter in dieser Frage vollkommen geschlossen sind. Das neue englische Unfallgesetz bedeute einen Fortschritt, gehe aber nicht weit genug. Auferkannt müsse auch der Fortschritt werden, den das Gesetz bezüglich der Kontraktionsklausel gemacht habe. Freilich kein Gesetz könne einem Arbeiter, der kein Rittertum habe, ein solches eintheilen. Immerhin sei das französische Unfallgesetz dem englischen vorzuziehen, aber auch das französische habe ein Loch: den Ausschluß der Entschädigung, wenn ein Unfall vorsätzlich vom Arbeiter herbeigeführt ist.

Die Resolutionen wurden hierauf einstimmig angenommen.

Es folgt der dritte Punkt der Tagesordnung: Die Arbeitslohnfrage.

Die Miners' Federation beantragt folgende Resolution:

„Der Kongress hält den Zeitpunkt für gekommen, für alle Bergarbeiter einen Minimallohn festzulegen und für einen solchen zu kämpfen, wenn es nötig sein sollte; Frankreich und Belgien verlangen, daß jede Nation dem Generalsekretär einen Bericht über den jährlichen Arbeitslohn und die Arbeitszeit übermittle, damit dieser dem nächsten Kongress die Berichte vorlege.“

Greenall (England): Die vorliegende Frage sei vielleicht die wichtigste, die den Kongress beschäftige. Der Bergarbeiter, der seinen Unfall erleidet, müsse einen Lohn erhalten, hinreichend groß, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Die Lohnfrage sei deshalb auch der Hauptpunkt in der Organisation der Miners' Federation. In England seien bereits viele Unternehmen für den Minimallohn zu haben. Gerade die Vorgänge, die sich jetzt in Südwales abspielen, legen die Wichtigkeit eines Minimallohnes nahe. Dort seien durch die Glasgower Lohnräte die Löhne ständig gedrückt worden, andererseits sei gerade dadurch über erst die Konkurrenz der Unternehmer untereinander möglich geworden. Die Resolution möge einstimmig angenommen werden, sie enthalte nicht etwa tönende Worte. Die Miners' Federation halte den jüngsten Lohn, der um 30 Prozent höher ist als der Lohn von 1888, für den Minimallohn, und jeder Mensch in England wisse, daß auch eine nur kleine Herabdrückung dieses Lohnes einen furchtbaren Kampf der Federation entfesseln würde. (Beifall.)

Simon Stark (Falkenau) trat ebenfalls für einen Minimallohn ein, schon weil allein durch ihn der Accordlohn, die Hauptursache für die traurige Lage der Bergarbeiter und viele Unglücksfälle, beseitigt werden könnte. Die Hauer verdienen in Österreich 1 fl. 80 kr., die Förderer 1 fl. 20 kr., die Oberfläggarbeiter 90 kr. In Österreich seien die Grubenbesitzer im Gegenzug zu ihren englischen Kollegen gegen den Minimallohn, sie seien darin einen Angriff auf das Accordsystem, aus dem sie den höchsten Mehrwert zu ziehen glauben. Ein einheitlicher Minimallohn für alle Nationen werde schwer durchzuführen sein, schließlich sei aber auch dieses Ziel erreichbar. Vorläufig wäre der österreichische Bergarbeiter schon mit einem Minimallohn von 1 fl. 50 kr. zufrieden. Abraham (Südwales), Parlamentsmitglied, gab eine Geschichte des Streits der Minenarbeiter von Südwales, bei dem es sich ja hauptsächlich um den Minimallohn hande. Die geistige Sympathie-Erkundung des Kongresses für die streitenden Brüder habe ihn sehr erfreut. Der Kampf sei schwer und es gelte 90000 hungrende Familien zu erhalten. Trotz der größten Aufopferung der englischen Arbeiter sei man auf fremde Hilfe angewiesen. Für die vom Kongress gezeichneten 50 Pfund danke er, wenn er noch weitere Verträge besiegt, würde er zum Lobe des Kongresses einen Gefang anstimmen. (Große Hellerkeit.)

Der heutigen Vormittagssitzung wohnte Professor Werner Sombart aus Breslau als Guest bei.

so. Das Ministerium des Innern hat auf die Beschlüsse des Landes-Medizinalkollegiums vom November v. J. den ärztlichen Kreisvereinen eine Verordnung zugehen lassen, nach der es abgelehnt wird, eine Änderung des Gesetzes über die ärztliche Standesordnung in die Wege zu leiten, um den Vereinen größere Rechte bezüglich der Honorarforderung zu gewähren und weiter, um die Kreishauptmannschaften als Schiedsgerichte bei Differenzen zwischen Krankenkassen und Vereinen nach Gehör beider Teile einzusehen. Auch die anderen Wünsche der Ärzte werden abgelehnt, so das Erfuchen, die Regierung wolle beim Bundesrat dahin wirken, daß die Ärzte aus der Gewerbeordnung ausscheiden, daß das „Kurpfuschereiverbot“ eingeführt werde und daß der Bundesrat eine deutsche Ärzteordnung erlassen soll. Das Ministerium geht von der Meinung aus, daß diese Bestrebungen beim Reichstag keinerlei Aussicht auf Verwirklichung haben und daher lieber zu unterlassen sind. Und gerade die angeführten Anträge wurden auf der Vergesellschaftsversammlung einstimmig angenommen.

Eine Erinnerung an Bismarck bleibt Handelskammersekretär Paul Schulze-Dresden in der Dresdener Sitzung zum besten. Er erzählt, daß er anlässlich des von ihm angeregten Besuches deutscher Handelskammersekretäre in Friedrichsruh am 9. Juli 1893 das „seltene Glück“ hatte, während des Essens fünfzehn Minuten lang unmittelbar neben Bismarck zu sitzen und sich daher an der Unterhaltung wesentlich beteiligen zu können. „Während des Essens hatte sich leider Thraso so unter meinen Stuhl gelegt, daß ich die Füße nicht rühren durfte, um ihn nicht zu treten.“ Nun wird über alles Mögliche geschwärzt und zum Schlusse heißt es dann: „Beim Weggehen küßten verschiedene Bismarcks Hand, was er entschieden ablehnte.“

Über diese Bedientenseelen! Aber das ist echt national-liberal. Bismarck hat die Nationalliberalen an die Wand gequetscht, daß sie quetschen, und sie haben ihm nicht nur die Hand, sondern die Siesel gelöst.

Das kommt von der Schneldigkeit. In Brixen soll sich, wie bürgerliche Blätter berichten, der merkwürdige Fall ereignet haben, daß ein schlichter Arbeiter, der nach Bekanntwerden der Nachricht vom Ableben Bismarcks am dortigen Bismarckdenkmal einen mit schwarzer Schleife geschmückten Kranz niedergelegt, von einem Schuhmann aufgeforscht worden ist, den Kranz wieder zu entfernen, widrigfalls er Strafe zu gewärtigen habe.

Der Schuhmann hat sich offenbar gesagt, in Brixen sind alle Arbeiter Sozialdemokraten, bei denen es keine Bismarcktrauer giebt. Es gibt aber, wie Figuren zeigt, doch noch gute Arbeiter in Brixen.

r. Dresden, 3. August. Die heilige Gewerbekammer hält heute eine Sitzung ab, in der sie sich mit der Frage der Zwangsinnung bezüglich einiger Gewerbe beschäftigt. So hat seiner Zeit die heilige Friseurinnung Umwandlung in eine Zwangsinnung verschlossen. Der Zinnung gehören ganze 27 Mitglieder an. Gegen diesen Beschluss protestierte die Barbierinnung, welche 200 Mitglieder zählt. Trotz dieses Einspruches beschloß die Gewerbekammer, der Kreishauptmannschaft die Umwandlung im Sinne des Beschlusses zu empfehlen. Gleiche Beschlüsse fasste man in Bezug auf die Dachdecker- und die Buchbinderrinnung. Weiter war die Kammer um ein Gutachten über die Erweiterung der Sonntagsarbeitszeit im Kürschnergewerbe ersucht worden. Die Gewerbekammer ist den Herren auch entgegengekommen. Sie beschloß ein Gutachten, nach welchem im Kürschnergewerbe die Sonntagsarbeit statt bisher an 4, in Zukunft an 8 Sonntagen und zwar bis nachmittags 4 Uhr — bisher bis 12 Uhr mittags — gestattet sein soll. Ferner stimmt die Kammer einem Bittgesuch heiliger Schneidermeister an die heilige Oberpostdirektion zu. Es ist darin die Arbeit ausgesprochen, in Zukunft bei Vergehung von Uniformarbeiten möglich im Bezirk sephatische Schnelder zu verleidigen. Bisher wurden diese Arbeiten meistens in Berlin angesetzt.

g. Mittweida, 3. August. Superintendent Merbach, der aus Blochwitz so plötzlich verschwunden ist, zeichnete sich während seiner heiligen Amtszeit, er fungierte hier von 1884—1899 als Oberpfarrer, durch eine plötzlich eintreffende Intoleranz aus. Er ließ u. a. die Selbstmorde aus den niederen Klassen auf dem Friedhof an einen separaten Platz legen, das war unter seinem Amtsvergänger nicht Gebräuch gewesen. Alle Studierenden des Technikums brachte er gegen sich auf, als er dem in einer regnerischen Nacht im Stadtbach ertrunkenen alten Technikumsdiener, den die Studierenden auf ihre Kosten begraben ließen, das Gelände beim Vergräbnis verweigerte, weil er im Raum verunglimpt sein sollte, was aber nicht klar nachgewiesen werden konnte. Als er wegen dieser Handlungsweise in einem farblosen Blättchen, das damals in Mittweida erschien, durch ein satirisch geschriebenes Verschen, und auch in der Burgstädtler Volkszeitung durch einen Eingesandten angegriffen wurde, fühlte er sich beleidigt und stellte Strafantrag gegen beide Redakteure (der Mittweidaer hat mit im Kirchenvorstand) und auch gegen die Einsender. Verurteilt wurden der Weber W. Gläselowitsch als Einsender des Artikels in der Burgstädtler Volkszeitung zu 4 Wochen Haft, der Redakteur dieser Zeitung Chr. Köhler zu 14 Tagen Haft und zu derselben Strafe auch der Redakteur Ottoliner und der Sekretärsonnenhüter. Beide, ein kurzer und ein langer blinder Mann in den 80er Jahren, der 25 Jahre mit im Kirchenvorstand gesessen hatte, hielt die Haft nicht ab, am dritten Tag fand man ihn bewußtlos auf dem Fußboden der Zelle liegend; darauf beurlaubt, starb er nach einigen Wochen. Als Merbach einige Monate später als Superintendent zunächst nach Marienberg ging, wurde sein Abgang von der großen Masse der Bevölkerung natürlich nicht bedauert.

so. Neichenbach i. B., 3. August. Der Genosse Sachsenweger aus Neichenbach hatte ein Strafmandat bekommen, weil er am 1. Mai nachmittags nach 4 Uhr Maifeierzeitungen verkaufte und so die Sonntagsruhe gestört habe. Die hiergegen eingelegte Berufung kam gestern vor dem heiligen Schöffengericht zur Verhandlung. Sachsenweger wurde freigesprochen, da er das ihm zur Last gelegte Vergehen bestritt und ihm kein Gegenteil nachgewiesen wurde.

Bautzen, 3. August. Am Montag fand die Eröffnung des Schulkurses über Obstbau für Lehrer in der Aula der Landwirtschaftlichen Lehre statt. Es hatten sich 12 Herren aus verschiedenen Orten eingeschrieben, um an dem theoretischen und praktischen Unterricht teilzunehmen. Die Bedeutung des Obstbaus ist längst anerkannt; bietet er doch Gelegenheit, bei richtiger Pflege den größten Ertrag vom kleinsten Stück Boden.

zu erzielen, und wie manche Seele oder mancher steile Hang würden in den Bereich des Kulturlandes zu ziehen sein, wenn man Pflanzungen geeigneter Obstsorten dasselbe anlegte.

**Bövan.** 3. August. Der verstorbene Justizrat Karl August Mosig v. Lehrenfeld verfügte über ein ungewöhnliches Wissen. Bekannt ist seine Sprachenkenntnis, die bis in das unglaubliche ging. Er beherrschte 15 lebende und tote Sprachen. Bis zu seine letzten Lebensstage las er mit gleicher Geläufigkeit die Werke eines Sophos und Horaz neben denen Shakespeares, Voltares, Dantes und Tolstois in den Ursprachen. Als geborener Wende hat er bis zuletzt der wendischen Sache stets das lebhafte Interesse entgegengebracht und wie sein vor kurzer Zeit ihm im Tode vorangegangener Pfarrer Junisch in Göda im Volksmund der „Wendenpast“ genannt wurde, so war der Dahlingeschiedene überall als der „Wendenanwalt“ bekannt. Der Verstorbene gehörte zu den geschicktesten Verteidigern der Oberlausitz und hat auch, wie schon erwähnt, im politischen Leben gestanden als Reichstagsabgeordneter und langjähriger Führer der national-liberalen Partei im 2. sächsischen Reichstagwahlkreise, den er als Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag und bis 1874 auch im deutschen Reichstag vertrat.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** In mehreren Gehöften des oberen Vogtlandes ist unter den Hühnern eine Seuche ausgebrochen, die sich jedens als die gefürchtete Hühnerpest, die Geflügelcholera (Typhoid), erweisen wird. Die Tiere erkranken plötzlich, der Kamm wird blauschwarz und schrumpft zusammen. Durchall stellt sich ein, aus dem Schnabel sondern sich schleimige Massen ab. Nach 12 bis 24 Stunden tritt der Tod ein. — In Jocketa ist eine Bezugsgenossenschaft für landwirtschaftliche Produkte gegründet worden. Es ist dies die erste derartige Genossenschaft in der Amtshauptmannschaft Plauen. — In Schneeberg wurde der ledige Fabrikarbeiter Frank verhaftet. Er hatte am vergangenen Sonntag in Oberschlema den Sticker Hösel infolge eines Wortwechsels erstochen. Eine Frau und drei Kinder trauern an der Leiche ihres Ernährers.

### Aus dem 11. sächsischen Reichstagwahlkreise.

**m. Wurzen.** 2. August. Einige recht frohe Stunden waren uns Wurzener Genossen am letzten Sonntag abend vergönnt. Der sozialdemokratische Wahlverein hatte in Stadt Wien einen Kommers veranstaltet, zu dem sich die Genossen und Genossinnen recht zahlreich eingefunden hatten, galt es doch, einen lang ersehnten Wunsch erfüllt zu sehen. Neben Konzert- und Gefangsaufführungen hielt unser verehrter Genosse Liebknecht, der uns einen kurzen Besuch abstattete, eine zu Herzen gehende Ansprache. Mit einem kräftigen Hoch auf unsere Partei verabschiedete sich Genosse Liebknecht wieder, worauf die hiesigen Genossen sich noch fröhlich versammeln hielten, hatte doch nach langen Jahren wieder einmal der Kämpfer der Arbeitssache in ihrer Mitte geweilt.

Einen recht liebenswürdigen Brief erhielt am Dienstag unser Genosse Mucker per Post von hier, der wie folgt lautet:

Herrn Cigarrenhändler Mucker, Wurzen.

Da Sie auch einer von den roten Hunden, von den Sozialdemokraten mit sind, kann ich nicht unterlassen, da ich die roten Verbrecher nicht leben kann, auch Ihnen die Epitete vorzulegen.

1. Die Sozialdemokraten sind Hunde. 2. Die Sozialdemokraten sind Schufte. 3. Die Sozialdemokraten sind Verbrecher u. s. w.

Es lebe der Kaiser und König, es lebe das deutsche Reich, es lebe Haufe, der füllt uns eintritt.

Neben mit den roten Hunden, Schuften u. dergl. Man wird Euch die Wege schon noch weisen. Ein Arbeiter.

Obwohl schon die verstellte Handchrift verrät, daß die Sache nicht von einem Arbeiter ausgeht und wir nicht außer Zweifel sind, wo dieser Pfost ungefähr abgeschossen sein könnte, wollen wir uns über den Schmiering nicht alterieren.

### Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. August.

**Einige interessante Mitteilungen über den Dienstbetrieb auf dem Leipziger Telegraphenamt** bringt die Deutsche Postzeitung in ihrer letzten Nummer:

Bekanntlich behauptete Herr von Stephan auf wiederholte Anzapfungen noch zuletzt im Reichstage, daß die Sonntagsruhe für 99,99 Proz. des Personals durchgeführt sei. Dazu sagt das genannte Blatt: „Sehr begreiflich wird es, daß das Reichspostamt dem Reichstage mit so glänzenden Bahnen über die dem Personal gewährte Sonntagsruhe aufzutun kann, wenn man sieht, was die nachgeordneten Organe der Postverwaltung alles als „freien Sonntag“ betrachten. Nach wiederholt gebräuchter Anerkennung des Herrn Telegraphendirektors Fuchs in Leipzig „hört der Sonntag um 9 Uhr abends auf“, und dementsprechend wird den Beamten des Telegraphenamtes ein Sonntag mit Nachdienst, nämlich von Sonntags abend 9 Uhr bis Montag früh 8 Uhr, als dienstfreier Sonntag gerechnet...“

Und über die Einteilung und Verteilung der Dienststunden heißt es dann weiter: „Auf dem Telegraphenamt in Leipzig warten die Beamten seit Dezember vorigen Jahres auf die verheißenen neuen Dienststundenpläne. Der Telegraphenamtsleiter und ehemalige kommissarische Postinspektor (das wäre ja ein Rückwärts-Advancement! D. Ried.) Adami ist mit der Regelung der Angelegenheit betraut, findet aber zur Erledigung solcher Dienstgeschäfte wenig Zeit (!), obgleich er sich oft von morgens 6 Uhr bis zum späten Abend auf dem Amte befindet.“ Und dann fügt die Deutsche Postzeitung hinzu:

„Womit und wie er (Adami) die Zeit ausfüllt, wäre zwar nicht uninteressant zu erzählen, soll aber hier nicht erörtert werden, da es in den Rahmen dieses Aufsatzes nicht hineingehört, und wir uns mit Persönlichkeiten nur soweit beschäftigen, als es zur Klärung der Sache erforderlich ist.“

Neben in einer Fußnote fügt das Blatt noch hinzu:

Auch die übrigen aus zugesagten Mitteilungen über intimeren Verhältnisse beim Telegraphenamt Leipzig und beim Postamt in Kreuznach (von dem u. a. angeführt wird, daß 22 etatmäßig angestellt, also diensterprobte Beamte der „Küstsch“ von nicht weniger als 6 (sechs) anderen Beamten unterworfen sind) berichten wir hier aus demselben Grunde weiter nicht.

Das sind allerdings Anderungen, die auf etwas Abschönerliches schließen lassen. Unseres Erachtens hat die Deutsche Postzeitung, die deutlich darhut, daß die betreffenden „Persönlichkeiten“ die „Sache“ beeinflussen, nämlich die Ausstellung der längst ersehnten neuen Dienststundenpläne verhindern, die publizistische Pflicht, mit der Sprache herauszurufen. Warum betont sie denn, wenn sie bloß Andeutungen machen will, den ehemaligen höheren Rang des mit der Sache beauftragten Kassierers Adami? Und wenn die Befreiung der „intimeren Verhältnisse“ auf dem Leipziger Telegraphenamt zur „Klarstellung der Sache“ nicht erforderlich ist, warum sperrt das Blatt dann das Wort hier in der Fußnote, läßt also die Ans-

ichtzung der bereiteten „Verhältnisse“ für eine spätere Zeit offen? Vom Postamt in Kreuznach hat, wenn wir nicht irre, Genosse Weber noch in jüngster Zeit im Reichstage die unehrige Verwendung von Beamtenkräften im Privatdienste des Postamtsvorstehers zur Sprache gebracht. Welcher Art aber sind die „Persönlichkeiten“ und „intimen Verhältnisse“ auf dem unter der Leitung des Direktors Fuchs stehenden Telegraphenamt in Leipzig?

„Wir haben kein Gesellen an konfessionalem Haber“, versicherte der Geheime Kirchenrat Superintendent D. Paul auf der jüngsten Versammlung des Leipziger Hauptvereins der evangelischen Gustav Adolf-Stiftung in Glauchau. Und dann sagte derselbe Paul u. a. wörtlich:

„Zwei Schlangen winden sich durch den Garten des deutschen Reiches. Neben der schwärzenden, die uns zuflüstert: „Keine Seligkeit ohne Rom“, die rotshimmernde Schlange, die uns vorreden will: „Glückseligkeit nur ohne Gott, ohne Glauben, ohne Religion“. Vor beiden fürchten wir uns nicht, und ich traue es unserem deutschen evangelischen Volke doch zu, daß es sich schließlich aufrafft und gegen beide sich manhaft zu wehren wissen wird, was es nicht gewillt ist, weder sich verrören, noch verrohen zu lassen, daß es seinen höchsten Schog, seinen evangelischen Christenglauben nicht hingeben wird für ein Linsengericht, geschweige für eine Bürgerspeise.“

Die Leipziger Volkszeitung bemerkte dazu: „Man sieht daraus klarlich, daß der Superintendent Paul „kein Gesellen an konfessionalem Haber hat“. Man darf nur gespannt sein, wie der Herr Paul sich ausdrücken würde, wenn er etwa ein richtiger salbungsvoller Geber wäre.“ Die „rotshimmernde Schlange“ läßt die Paulsche Rede fall.

Von einem geradezu schänderhaften Terrorisierungsvorfall weiß heute das Leipziger Tageblatt zu berichten. Das Blatt ist darüber so empört, daß es ihm auf folgende Denunziation durchaus nicht aufkommt:

In welcher Weise die Herren „Genossen“ das „Recht auf Arbeit“ in die That umsetzen und in welch draufsichtiger Art die „Freiheit des Individualiums“ mit Füßen getreten wird, geht aus folgendem, uns heute zur Verfügung gestellten Text einer Inschrift hervor, welche die Streitleitung der Modell- und Fabrikarbeiter an arbeitswillige Genossen verschickt.

Und was hat denn nun gräßliches in der Inschrift gestanden? Man lese nur:

Lieber . . . . .

Nach näher eingezogenen Erkundigungen ist festgestellt worden, daß Du kein Frühstück und Besser machst. Die Arbeitszeit ist also nicht bewilligt. Du weißt nun, was Du zu thun hast und ich bitte Dich, heute noch die Arbeit niederzulegen und zu uns zu kommen.

Die Streitleitung.

J. U.: Karl Peter.

Das verehrliche Leipziger Tageblatt scheint keine blosse Ahnung davon zu haben, daß sich in der Gewerbeordnung für das deutsche Reich ein § 152 befindet, der also lautet:

Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Verlust der Erlangung günstiger Lohns und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.

Hätte das Leipziger Tageblatt nur einmal im Leben diesen Gefechtsparaphraphen, der allerdings erst gerade 30 Jahre alt ist, zu Gesicht bekommen, es hätte sich wohl noch einmal überzeugt, an den ruchlosen Brief des Streikleiters Peter an seinen „Lieben Eduard“ folgendes Raisonement zu knüpfen:

Es wird aber die höchste Zeit, daß von unseren Behörden in einer gewissen Weise gegen die Terrorisierungsvorläufe der sogenannten Streitleitungen vorgegangen wird; der Schaden, den die fortbauernde Verhöhung der Arbeiter und Arbeitgeber dem einzelnen bringt, ist ein ganz bedeutender und trifft speziell den „arbeitswilligen Familienvater“ hart, da er den durch Streit eingeschränkten Lohn niemals wieder einzuholen vermögt. Möchten doch die vernünftigeren, älteren Arbeiter und deren Eltern jetzt es glücklicherweise noch genug, gelegentlich den jüngeren „Schreibern“ in den Versammlungen entgegentreten und darauf hinweisen, daß auch scharf schriftig macht und nur im einträglichen Handhabenbarkeiten von Arbeiter und Arbeitgeber die Gewähr für den wirtschaftlichen Fortschritt des Arbeiters liegt.

Wir wollen dem Denunziationsbeispiel Tageblatt zur Verhütung mitteilen, daß sein Erguß bei der Staatsanwaltschaft und der Polizei diejenige Beachtung gefunden hat, die er verdiente. Er ist mitteldig bei Seite gelegt worden und der „Berheber“ Peter läuft auch jetzt noch frei herum, geht seiner schändlichen Aufgabe als Streikleiter nach und peift auf die sozialpolitischen Ansichten des Leipziger Tagesspieles über das, was dem Arbeiter für seinen wirtschaftlichen Fortschritt not thut. Die Erfahrungen, die die Modell- und Fabrikarbeiter gerade in ihrem Bestreben, die notwendigen Verbesserungen ohne Streit zu erreichen, gemacht haben, haben zur Evidenz erweisen, wie weit das Verständnis der Unternehmer für ein einträchtiges Handhabenbarkeiten geht. Im übrigen war es nur verschleierte Pflicht und Schuldigkeit der Streitleitung, gerade einen Mann, der so hervorragt als Vertrauensmann der Modellarbeiter an der Formulierung der Streitforderungen mitgewirkt hat, wie es der Adressat des schändlichen Briefes gehabt hat, gestift auf das gesetzlich gewohnte Recht und im Rahmen des Gesetzes auch fernherin zum Verhalten an den von ihm selbst gutgeheissen Forderungen anzuregen.

**Sonntagsarbeit im Kirschnergewerbe.** Wie offiziell mitgeteilt wird, dürfte sich der Bundesrat dennoch auch mit einem Antrag beschäftigen, der sich auf die Änderung der für die Kirschneri gelgenden Bestimmungen über die Sonntagsarbeit bezieht.

**Frachtermäßigung für Ausstellungsgüter nach Paris.** Für die Gegenstände, die zu der vom 15. April bis 5. November 1900 in Paris stattfindenden Weltausstellung aufzugeben werden, wird auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen und den Eisenbahnen in Elster-Bothen sowie der Dahme-Ucker, Bischoplau-Wusterwitz und Niederlausitzer Eisenbahn bei der Gütekundgebung die halbe tarifmäßige Fracht berechnet, sofern dem Versender eine Bescheinigung des für die Ausstellung ernannten Reichskommissars darüber beigebracht wird, daß die betreffenden Gegenstände für die Ausstellung bestimmt sind. Die Güter sind mit einer Bezeichnung zu versehen, woraus ihre Bestimmung für die Ausstellung ersichtlich ist. Auch müssen die Frachtkosten den Vermerk enthalten, daß die Sendung durchweg aus Ausstellungsgut besteht.

**Zum Banwesen.** Die Biegeler in Leipzigs Umgebung sowie in Sachsen überhaupt sind zur Zeit immer noch fast überwoll beschäftigt, wenn augenblicklich der Überschuss auch nicht ein so umfangreicher ist wie vor wenigen Monaten. Die starke Produktion in diesen Betrieben ist etwas ruhiger geworden, Vorrat ist, wenn auch nicht viel, doch soweit vorhanden, daß

den laufenden Ansprüchen stets genügt werden kann; weiter aber hat die vermehrte Herstellung der Steine ein Sinken der Preise zur Folge gehabt, der sich jetzt für gute Ware von 30 bis 32 Mk. pro Mille bewegt gegen 35—36 Mk. und mehr im April und Mai. Für den Herbst sieht man wieder einer stärkeren Nachfrage entgegen, da zu dieser Zeit eine größere Zahl von Neubauten, zu denen jetzt die Ausschachtungen bevorstehen, in Angriff genommen werden sollen. Gedenfalls dürften die Biegeler dann wieder so stark an Aufträgen sein, daß sie ihnen nur mit Mühe nachkommen können, zumal jetzt schon viele Baugruben für nächstes Jahr bereit liegen.

**Die Errichtung eines Amtsgerichts für die Westvororte** war vom Bezirkverein Leipzig-West angeregt worden. Es ist ihm jedoch von maßgeblicher Stelle eröffnet worden, daß an die Erfüllung seines Wunsches vor zehn Jahren nicht zu denken sei.

**Die Leipziger Börse** blieb heute aus Anlaß der in Berlin abgeholten Trauerfeierlichkeit für den Fürsten Bismarck geschlossen.

**Die Plakette um den Ausstellungsort** ist von der Stadt für den Preis von 2816 Mk. angelauft worden.

**Unfrankierte Postkarten.** Nenerdings kommen unfrankierte Postkarten in besonders großer Zahl zur Abwendung, und zwar sind es zum größten Teile die Ansichtskarten, die ohne Marke hergestellt und auch so verlaufen werden. Das Publizum beschreibt die Karten in Eile mit einigen Worten und stellt sie rasch in den Briefkasten ohne die notwendige Freimarke. Früher wurden solche unfrankierte Postkarten von der Beförderung überhaupt ausgeschlossen. Seit einiger Zeit aber befördert und bestellt die Post die unfrankierten Karten, erhebt aber dafür von dem Adressaten Strafporto, und zwar bei Karten aus dem eigenen Ortsbestellbezirk 10 Pf., bei solchen von außerhalb 20 Pfennige.

**Bei der Lösing von Platzkarten für die zwischen Berlin, Leipzig, Hof und München verkehrenden Durchgangs (Horizon-)Büge ist zu beachten, daß zur ununterbrochenen Reise nach den über Hof hinaus, nach Regensburg und München zu gelegenen bayerischen, österreichischen und italienischen Stationen eine Platzkarte nach Hof nicht genügt. Es muß vielmehr die Platzkarte für die volle im D-Zug zu durchfahrende Strecke gelöst werden. Mindest ein nach Regensburg oder München fahrender Reisender dennoch eine billige Platzkarte bis Hof, so geht er sich der Nachforderung des Zehnbetrages aus. Die Bestimmung, wonach für den eigentlichen Lokalverkehr der bayerischen Bahnen in fraglichen Bügen eine Platzgebühr nicht erhoben wird, ändert hieran nichts.**

**Die direkten Rückfahrkarten zwischen preußischen, österreichischen Stationen u. c. einerseits und sächsischen Stationen andererseits gelten, wenn ihnen auch eine kürzere Gültigkeitsdauer als 10 Tage aufgedruckt ist, trotzdem auf der sächsischen Strecke 10 Tage.** Die Generaldirektion der sächsischen Staats-eisenbahnen hat auch nenerdings angeordnet, daß etwaigen Wünschen der Reisenden wegen Beschleunigung von zur Rückfahrt nicht benutzten direkten Rückfahrkarten noch bis zum Ablaufe des zehnten Tages entsprochen werden kann.

**Selbstmord- und Unfallstatistik.** Im Monat Juli sind im heisigen Stadtgebiet 11 Selbstmorde, 8 Selbstmordversuche, 4 schwere Unglücksfälle mit tödlichem Ausgänge, sowie 1 schwerer Unglücksfall, bei dem 7 Personen mehr oder weniger verletzt worden sind, zu verzeichnen. Von den Selbstmordkandidaten haben 5 den Tod im Wasser gesucht und gefunden, 2 haben sich erschossen, 2 aus den Fenstern abgestürzt, 1 erhängt und 1 vergiftet.

**Gut abgelaufen.** Am Dienstag abend ist an der Grenzstraße in Sellerhausen ein 3½ Jahre alter Knabe von der Brücke der Verbindungsstraße etwa 5 Meter tief auf den Bahnhof hinabgestürzt. Das Kind wurde von seiner Mutter nach Hause getragen. Ein herbeigerufener Arzt konnte bei Untersuchung des Kindes nur eine Armbindenstauchung konstatieren.

**Ein Beträger** ist in der letzten Zeit hier aufgetreten, der sich für einen Försterleben aus Eisenach ausgegeben hat, auch Jägeroppe, grünen Hut und Hirschjäger getragen hat. Vor wenigen Tagen logierte er sich in einem Hotel ein und wußte sich dadurch Kredit zu verschaffen, daß er einen verschlossenen, angeblich 13000 Mk. in Wertpapieren enthaltenden Brief in Aufbewahrung gab. Kurzlich verschwand der „Mimrod“. Bei Döffnung des Briefes fand man statt der Wertpapiere einen Katalog darin.

**Wegen Sittlichkeitsoverbrechens mit Kindern unter 14 Jahren** wurden ein 18jähriger Schneider aus Köthen und in einem anderen Falle ein 16jähriger Bäckerlehrling aus Drebiz in Hof genommen.

**Der Monat der Sternschnuppen** ist der August. Die Augustmeteore gehörten zum größten Teile dem bekanntlich alle Jahre zu derselben Zeit wiederkehrenden Schwarm der Perseiden an, der vorzüglich in den Nächten zwischen dem 8. und 12. August thätig ist. Die größte Wahrscheinlichkeit, viele Meteoriten zu sehen, hat man, wie aus langjährigen statistischen Aufzeichnungen hervorgeht, zwischen 1 und 3 Uhr nach Mitternacht vom 9. auf den 10. August. Aber auch in den späteren Abendstunden ist eine Beobachtung des Himmels, vornehmlich des nordöstlichen Teiles, sehr empfehlenswert und lohnend. Der August besitzt noch eine andere bemerkenswerte Eigenschaft, er verwandelt den sommerlichen Charakter des Sternenhimmels in einen herbstlichen. Die Mitternachtssonne, die Ende Mai beginnt, hat jetzt ihr Ende erreicht, da das Tagesgefeuer seit dem 21. Juni (Sommers Aufgang) wieder einen nach Süden gerichteten Weg nimmt und sich dem Äquator jezt so weit genähert hat, daß es um Mitternacht tief unter dem Horizont steht und eine Beleuchtung der oberen Atmosphärenschichten nicht mehr möglich ist. Das Himmelsgewölbe nimmt dann eine tief-schwarze Färbung an, und auch die schwächeren Sternchen, die sich in den vergangenen Monaten vergleichsweise abgemildert hatten, das matte Dunkel zu durchbrechen, blitzen wieder auf und lassen die Stellung der einzelnen Sternbilder scharf hervortreten.

### Vereine und Versammlungen.

**Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Leipzig-Ost** am 28. Juli im Sanssouci in Neuschönfeld. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Dr. Frische über Darwinsismus; 2. Unter Rücksicht auf den bevorstehenden Stadtvorwahlen; 3. Vater- und Vereinsangelegenheiten; 4. Fragekasten. Nachdem der Vorsitzende bekannt gegeben hatte, daß der 2. Punkt unserer Tagesordnung auf Beschluß der am 14. Juli stattgefundenen Versammlung abermals auf die Tagesordnung gesetzt ist, erhält der Referent zum 1. Punkt das Wort. Der Referent führt an, daß

Die Menschheit mindestens schon 8000 Jahre existiert und die Erde noch wissenschaftlicher Behauptung schon einige Millionen Jahre besteht. Die neue Weltanschauung sei zu der Amtlich gekommen, nicht nach der Schaffung der Erde zu fragen, sondern sich die Frage vorzulegen, wie die Erde entstanden sei, wobei sich Darwin große Verdienste erworben habe. In der Hand von Beispielen wird nachgewiesen, daß es dem Darwinismus ebenso wie der Sozialdemokratie in ihrem Anfangsstadium ergangen ist und mit allen nur möglichen meinlichen Mitteln bekämpft wurde, sich aber trotzdem zu einer Macht verändert hat. Ferner wird bewiesen, daß jedes lebende Wesen auf irgend eine Weise durch eine lange Reihe von Jahren sich merklich entwickelt habe. Die Gegner Darwins haben früher behauptet, die Theorie sei keine richtige, weil es nicht möglich sei, den großen Abstand zwischen Säugetier und Vogel zu überbrücken. Aber auch diesem Nebelstande sei abgeschlossen, da sich als Beispielsstück das Schnabeltier in Australien und die Federmaus re. anführen lassen. Der Referent schlägt, wie es sich rechtfertige, daß Darwin sagt, daß der hochentwickelte Affe ein naher Verwandter des Menschen sei. Am Schluß seiner Ausführungen bemerkt der Referent, wie die Sonne den dichten Nebel durchbrochen hat, ebenso werde der menschliche Geist durch die verfehlten Anschauungen den Menschen zum Lichte verhelfen. Nach Schluss des Vortrages erklärt der Vorsitzende, daß er es sehr bedauern muß, daß sich bei einem so lehrreichen Vortrage kaum der sechste Teil der Mitglieder in der Versammlung befinden. Beim 2. Punkt der Tagesordnung kann sich Gen. Weisse nicht damit befriedigen, für die Stadtverordnetenwahlen rege zu agitieren, weil nur 24 Abgeordnete im gründlichsten Halle im Stadtverordnetenkollegium Zugang haben. Redner ist der Meinung, ebenso vorzugehen wie bei den Landtagswahlen. Gen. Stange ist gegenwärtiger Meinung und spricht sich dahin aus, daß eine strenge Agitation zu entfalten und daß dafür zu sorgen ist, daß die Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl festgenommen werden. Ferner wird nachgewiesen, daß Posadowsky mit den Großkapitalisten die Gewerkschaften schwer geschädigt hat, wohingegen, wenn Sozialdemokraten mit vertreten gewesen wären, es jedenfalls nicht in dem Sinne ausgefallen wäre. Der Vorsitzende erklärt, daß Gen. Weisse nicht zur Tagesordnung gesprochen habe, da Weisses Aussführungen alle Genossen Leipzigs angehen und selbst bis jetzt noch nicht darüber gesprochen haben. Ferner weist er nach, daß eine gewerkschaftliche Bewegung ohne politische Bewegung noch weniger ist als die heutige. Zum 3. Punkt wird vom Vorstand und Festkomitee das Arrangement des bevorstehenden Festes in großen Zügen bekannt gegeben, auch wird der Vorstand ersucht, weitere Beschildigungen zu veranlassen, wozu noch einige Vorschläge gemacht wurden, die vom Vorstand berücksichtigt werden sollen. Da zum 4. Punkt keine Fragen eingegangen sind, wird die Versammlung vom Vorsitzenden um 12 Uhr geschlossen.

## Von Nah und Fern.

Eine Liebestragödie?

Hannover, 2. August. Ein schweres Verbrechen sah heute abend die Bewohner der Weststadt in großer Aufregung. Im Hause kleine Davenstraße 5 wohnte im dritten Stockwerk in einer Dachwohnung die etwa 40 Jahre alte Witwe Niemeyer mit ihrer 10-jährigen Tochter und einem 6-jährigen Neffen. Bei ihr wohnte seit sechs Wochen der 28 Jahre alte Stellmachergeselle Wilhelm Richter aus Jenischwalde auf Logis. Am Dienstag abend gegen 9 Uhr hörten die Hausbewohner aus der Niemeyerschen Wohnung ein gellendes Hilfesgeschrei und ein Krachen des Fensters, und als sie auf die Straße eilten, sahen sie, wie Richter die Frau emporgehoben hatte und sie mit den Beinen voran aus dem Dachfenster warf, indem er der Unglücksfrau, die sich an der Gardine und dem Fenster festzuhalten versuchte, auf die Finger klickte. Die Frau rutschte auf dem unter dem Fenster befindlichen Dache herunter und es gelang ihr, obwohl sie anscheinend schon ohnmächtig wurde, nochmals sich an der Dachrinne festzuhalten. Richter beugte sich aber weit aus dem Fenster hinaus, hob die Hände der Frau von der Dachrinne und schleuderte sie auf die Straße, wo sie mit zerstörtem Schädel rücklings liegen blieb. Sie hat einen schweren Schädelbruch, einen komplizierten Armbreak und sonstige Verletzungen erlitten und liegt hoffnungslos daneben.

Seinen Tod hat den Mörder in der Wohnung aufgesucht, und als die Kriminalpolizei erschien, um ihn festzunehmen, fand sie ihn von der Lynchjustiz Abel zugerichtet. Der Verbrecher wurde sofort verhaftet. Alles Anschein nach liegt eine Liebesaffäre der That zu Grunde.

Der bestohlene Staatsanwalt.

Der Badestrand in Ostende war Montag mittag in heller Aufregung. Diebstähle in den Badesäcken sind, während die Kurgestade, nichts Seltsames und alle Aufsicht erweist sich machtlos. Als am Dienstag ein Herr das Meer verlassen und seine Badesäcke betreten hatte, vermisste er seine goldene Uhr und Kette im Werte von 500 Mk., eine 30 Franken enthaltende Geldtasche und seine wichtigste, einer hochgestellten Persönlichkeit gehörige Papiere enthaltende Brusttasche. Der Bestohlene schlug sofort Lärn, die Bade-

polizei schritt ein, aber von dem Spiebhafen war keine Spur zu entdecken. Der Bestohlene war der preußische Staatsanwalt aus Aachen. Merkwürdigweise war auch die danebenstehende Kabine von dem Spiebhafen beschädigt worden, aber ihre Innenseite, ein Engländer, war kluger gewesen, er hat nur 5 Franken, die er in der Westentasche hatte, eingebaut, da er alles im Gasthofe belassen hatte.

Aus der Haft entlassen

Ist der Polizeisekretär Stephan in Potsdam. Die Ursache der Verhaftung soll darin zu suchen sein, daß Stephan im Verdacht steht, eine falsche Beglaubigung zu einem Wandergewerbeschlein ausgestellt zu haben. Stephan ist, wie es heißt, nur durch eine Gesälligkeit, die er einem Potsdamer Bürger erwiesen, um Ehre, Ansehen und Amt gekommen.

Ein eigenartiger Unglücksfall wird aus München gemeldet. Als am Mittwoch nachmittag die Feuerwehr zu einem Brande in der Landsberger Straße fuhr, sprangen in einem Hause dieser Straße im vierten Stockwerk drei junge Dekorationsmaler aus einem Fenstersims, verloren das Gleichgewicht und stürzten auf die Straße hinab. Zwei blieben sofort tot; der dritte wurde schwer verletzt.

Absturz in den Bergen.

Der Professor Schmidtauer von Basel stürzte vom Rothorn ab und wurde tot aufgefunden.

Bon einem Schnellzug überfahren wurde in der Nacht auf Dienstag in der Nähe von Lancut (Galizien) ein Bauernfuhrwerk, wobei vier Personen getötet und drei verletzt wurden.

Theaterkraich.

München, 4. August. Direktor Drach von dem Münchener Schauspielhaus erklärte gestern den Mitgliedern, daß er aus finanziellen Gründen nicht mehr weiter spielen könne.

Dorfbrand.

Oedenburg, 3. August. In der Ortschaft Tolar Baros sind 103 Wohnhäuser mit großen Getreidevorräten niedergebrannt. Der Schaden beträgt 100000 Gulden.

Fühe That.

Löbrens, 3. August. In Schönrode griff aus nichtigen Gründen ein Arbeiter seinen Kollegen an und durchschlitzt ihm mit der Sense den Hals.

Ein furchterfüllter Sturm zerstörte nach einem Telegramm aus Palencia (nördlich von Valladolid) die Ortschaften Villamediana und Hormilla. Das Unwetter hat zahlreiche Verluste an Menschenleben verursacht.

## Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

London, 4. August. Wie den Times unter dem 3. d. M. aus Peking gemeldet wird, erklärte der englische Gesandte Macdonald am 24. Juli im Tsung-li-Yamen (Ansäßigkeitsamt) in nachdrücklicher Weise, daß England die Einwirkung einer anderen Macht in den britischen Anleihekontakt nicht dulden werde, auf den China freiwillig eingegangen sei zum Zwecke des Baues einer Eisenbahn, die die Verbindung zwischen denjenigen Vertragshäfen zum Abschluß bringen soll, in denen die britischen Handelsinteressen vorherrschen sind.

Um nächsten Tage wiederholte der russische Geschäftsträger Pawloff seinen Protest vom 11. Juni gegen die Russisch-Chang'an-Anleihe mit der Hongkong- und Shanghai-Bank, wobei er den Tsung-li-Yamen Bedingungen vorzuschreiben suchte, deren Annahme einer Aufhebung des britischen Kontaktes gleich sein würde.

## Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 31. Juli 1898 wurden dem unterzeichneten Komitee folgende Summen übergeben:

Südbezirk . . . . .	Mf. 150,-
Südbezirk zurück . . . . .	20,85
Max Seylert zurück . . . . .	6,89
Tellerkammer, H. Schröder . . . . .	46,-
Alt-Letzig, P. Sch. . . . .	600,-
Östbezirk . . . . .	1200,-
Südostbezirk . . . . .	450,-
Südostbezirk zurück . . . . .	94,15
Südbezirk . . . . .	300,-
Westbezirk . . . . .	500,-
Volksschule zum Wahlsonntag . . . . .	1710,00
Alt-Letzig . . . . .	1760,-
N. Beitrag zu den Reichstagswahlen . . . . .	10,-

Das Spitälerkomitee des XII. u. XIII. sächs. Reichstagswahlkreises.

## Briefkasten der Redaktion.

B. B., Johanniskirche. Lebensversicherungsgesellschaft zu Leipzig, am Theaterplatz, Eingang Theatergasse 2. Bleibt leicht wahr auch die Versicherungsgesellschaft Victoria für Sie geeignet.

G. W. L., Neuschönsfeld. Sie meinen wohl, wann zum ersten Male im Brauereigarten zu Stötteritz? — 1892.

## Auskunft in Rechtsfragen.

G. 284. Da Sie die Sachen in gutem Glauben gelauft haben, können Ihnen dieselben nicht abgesondert werden, Ihnen auch nicht der noch rückständige Kaspels vom Abzahlungs-Bazar abgesondert werden, da Sie mir diesen nichts zu thun hatten.

J. 9. Das Mädchen kann nicht zwei Monate Lohn beanspruchen, sondern nur den Monat, den sie im Dienst gestanden und die 14-tägige Kündigungssatz. § 25 und 26 Gesetzesordnung.

P. C. Al., Hauptstraße. Frische und getrocknete Heidelbeeren sowie frische Pilze sind zollfrei. Pilze in getrocknetem Zustande kosten pro 100 Kilogramm 4 Mark Zoll.

## Theaternvorstellungen.

### Neues Theater.

Donnerstag den 4. August: 208. Abonn.-Vorstellung (4. Serie, braun). Wallenstein's Tod.

Trauerstück in 5 Akten von Friedrich Schiller.

### Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Regie: Ober-Magistrat Adler. Wallenstein, Herzog zu Friedland, fälschl. Generalissimus im 30-jährigen Kriege. Octavio Piccolomini, Generalleutnant. Max Piccolomini, sein Sohn, Oberst bei einem Kürassier-Regiment.

Graf Terzaghi, Wallenstein's Schwager, Chef mehrerer Regiments.

Guilo, Feldmarschall, Wallenstein's Vertrauter. Dr. Hirschler.

Isolani, General der Kroaten. Dr. Krause.

Butler, Chef eines Dragoner-Regiments. Dr. Körner.

Mittmeister Neumann, Terzials Adjutant. Dr. Ruth.

Oberst Wrangel, von den Schweden gefangen. Dr. Stephan.

Gordon, Kommandant von Eger. Dr. Thiele.

Deveroux, } Hauptleute von der Wallenstein'schen Armee. Dr. Sigmund.

Macdonald, } Armee. Dr. Schumann.

Ein schwedischer Hauptmann. Dr. Schum.

Ein Gefolgter von Pappenheim's Kürassieren. Dr. Tietzel.

Erster } Kürassier. Dr. Richter.

Baptista Seni, Astrolog. Dr. Seeger.

Herzogin von Friedland, Wallenstein's Gemahlin. Dr. Nierow.

Thella, Prinzessin von Friedland, ihre Tochter. Dr. Weigel.

Gel. Rudolf. Dr. Maudé.

Gel. Friede. Dr. Schröder.

Ein Diener des Octavio. Dr. Wieland.

Kürassiere von Piccolominis Regiment. Dragoner von Buttlers Regiment. Dr. Leloir.

Nach dem 8. Uhr findet eine längere Pause statt. Dr. Leloir.

Einlauf 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Schausp.-Preise.

Vorverkauf an der Tageskasse von 10 (Sonnt. u. Feiertags von 10 1/2) bis 8 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Eintritt von 80 Pf.) von 1—3 Uhr.

Spieldienst: Freitag: Jugendfreunde. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Der Hüttensieger. Anfang 7 Uhr.

### Altes Theater.

Heute: Geschlossen.

Spieldienst: Freitag: Eine tolle Nacht. Anfang 1/2 Uhr.

## Küchenzettel der südlischen Speiseanstalten.

### Freitag:

Speiseanstalt I (Johanniskirch): Petersilie mit Rindfleisch.

Speiseanstalt II (Solenthalergasse): Vinzen mit Wiener Würstchen.

## Veranstaltungskalender.

Donnerstag: Handlungsbüffeten. Coburger Hof, Windmühlenstraße. Abends 9 Uhr.

Verein Vorwärts Leipzig-Süd. Sammelkino zu Comœdy. Abends 1/2 Uhr.

Naturverbundene Kunst zu Sellerhausen. Germania. Abends 1/2 Uhr.

Freitag: Steinerebner. Volkenroda. Abends 8 Uhr.

Textilarbeiter und Arbeitervillen. Concordia, Altenau, Hermannstraße & Abends 1/2 Uhr.

## Auskunftsbüro für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen.

### Stadt Hannover, Seeburgstr.

Jeden Abend von 7 1/2—9 Uhr unentgeltliche Auskunft für alle Arbeitervillen und Arbeitervillen.

Zurückgelehrt vom Grab meiner lieben, teuren Frau

[7412]

Lina Agnes Fricker geb. Bischel

siehe ich mich gebunden, allen, die den Sarg mit reichen Palmen- u. Blumen- schmuck verhüten, sowie der Sängerkapelle zu Sülling, dem Gesangverein Lyra zu Stötteritz sowie dem Neubergischen Quartett für den Gefang am Vorabend, ferner denen, die den Sarg zur letzten Ruhestätte begleiten, herzlichsten Dank auszusprechen. Mögen alle von solchen schweren Schicksalschlag lange verschont bleiben.

Der trauernde Gatte

nebst Hinterbliebenen.

## Todesanzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Wilhelmine Franziska Pachmann

geb. Laue

nach kurzer Krankheit an Lungenerkrankung plötzlich gestorben ist.

Um stillle Zeitnahme bitte.

Joseph Pachmann nebst Kindern.

Reuthnitz, Feldstraße 81.

Die Beerdigung findet wegen Überführung Freitag den 5. ds. nachmittags 4 Uhr in Laucha statt.

## Todesanzeige.